



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

# Dritter entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter (2023–27)

Weitere Informationen  
auf unserer Website



[www.bmz.de/de/themen/feministische-entwicklungspolitik](http://www.bmz.de/de/themen/feministische-entwicklungspolitik)



# Inhalt

I. Entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter	2
Eine Einordnung	2
II. Umsetzung nachhalten – Monitoring und Überprüfung	4
III. Rechte, Ressourcen, Repräsentanz stärken	5
Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt	6
Geschlechtsbasierte Gewalt	8
Gesundheit – sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte	10
Wirtschaftliche und soziale Stärkung, Teilhabe und Zugang zu guter Arbeit	12
Just Transition	14
Ernährungssicherheit, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	16
IV. Den feministischen Ansatz in Vorhaben verankern, Geschlechtergleichstellung gezielt fördern	18
V. Internationale Allianzen ausbauen	21
VI. Mit gutem Beispiel voran – Eine Institution stellt sich auf	24
Endnoten	28
Glossar	29

# I. Entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter

## Eine Einordnung

**G**leichberechtigung ist ein Menschenrecht. Aber bislang ist sie in keinem Land der Welt vollständig erreicht. Weltweit werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, aufgrund von Behinderungen oder aus anderen Gründen **diskriminiert**. Dabei wissen wir: Wenn alle Menschen gleichermaßen und selbstbestimmt am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilhaben, sind Gesellschaften stabiler, friedlicher und nachhaltiger.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) richtet deshalb seine **Entwicklungspolitik** neu aus. Denn wir sind überzeugt, dass ein systemischer Wandel notwendig ist, um die *17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs)* der *Agenda 2030* zu erreichen. Diskriminierung, Unterdrückung und Benachteiligung – egal in welcher Form – sollen der Vergangenheit angehören. Darum setzt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bei den strukturellen Ursachen von **Ungleichheiten** an. Frauen und Mädchen stehen für uns dabei im Zentrum, denn sie sind die größte benachteiligte Gruppe.

Mit der **Strategie Feministische Entwicklungspolitik – Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit** setzt das BMZ den übergeordneten

politischen Rahmen für die deutsche Entwicklungspolitik. Ziel ist es, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen, wie auch von **marginalisierten** Gruppen in all ihrer Vielfalt zu stärken.<sup>1</sup>

Der **dritte entwicklungspolitische Gender-Aktionsplan** übersetzt die Strategie in konkrete Maßnahmen für die Jahre 2023 bis 2027. Er orientiert sich an den Handlungsfeldern der Strategie und setzt thematische Schwerpunkte. Er soll Orientierung geben, wie sich **feministische** Entwicklungspolitik in konkretes Handeln umsetzen lässt.

**Das BMZ hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt:** Bis 2025 sollen 93 Prozent der neu zugesagten Projektmittel in Vorhaben fließen, die zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Mit der Strategie und diesem Aktionsplan gehen wir aber über die quantitative Steigerung hinaus und wollen auch eine **qualitative Neuausrichtung im feministischen Sinne** erreichen.

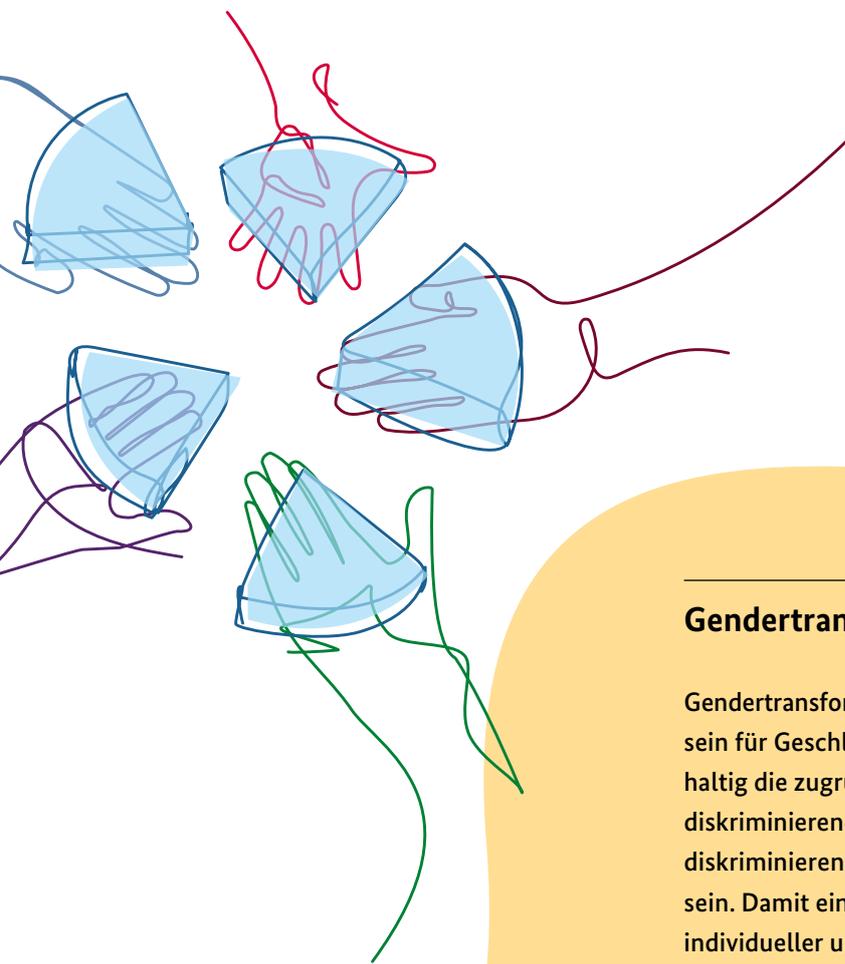
Ziel dieses Aktionsplans ist es insbesondere, die feministischen Kernelemente der Strategie sichtbar, messbar und vor allem nachahmbar zu machen. Der Aktionsplan hebt deshalb folgende Ansätze besonders hervor:

- **menschenrechtsbasierte Ansätze**, die Frauen und andere benachteiligte Gruppen und Personen als Akteur\*innen und Inhaber\*innen von Rechten zeigen
- **gendertransformative Ansätze**, die diskriminierende Machtstrukturen und Geschlechterstereotype und -normen überwinden helfen und damit langfristigen Wandel anstoßen
- **intersektionale Ansätze**, die Überschneidungen und Wechselwirkungen verschiedener Diskriminierungsmerkmale berücksichtigen

- Ansätze, die einen machtkritischen Lernprozess hin zu einem **postkolonialen, antirassistischen** Verständnis von Entwicklungspolitik verdeutlichen
- Ansätze, die internationale Allianzen für Geschlechtergerechtigkeit ausbauen und eine stärkere und inklusive Einbeziehung der lokalen Zivilgesellschaft beinhalten

Bei der Erarbeitung des Gender-Aktionsplans haben wir uns intensiv mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Expert\*innen aus dem Globalen Süden und Norden sowie der Wissenschaft ausgetauscht. Ihre Impulse und Erfahrungen sind in den Gender-Aktionsplan eingeflossen. Der Dialog zwischen diesen Akteur\*innen wird im weiteren Prozess der Umsetzung und bei der Erfolgskontrolle des Gender-Aktionsplans aufrechterhalten.

Nur im gegenseitigen Lernen können wir nachhaltige Lösungsansätze für die globalen Herausforderungen unserer Zeit entwickeln und voranbringen.

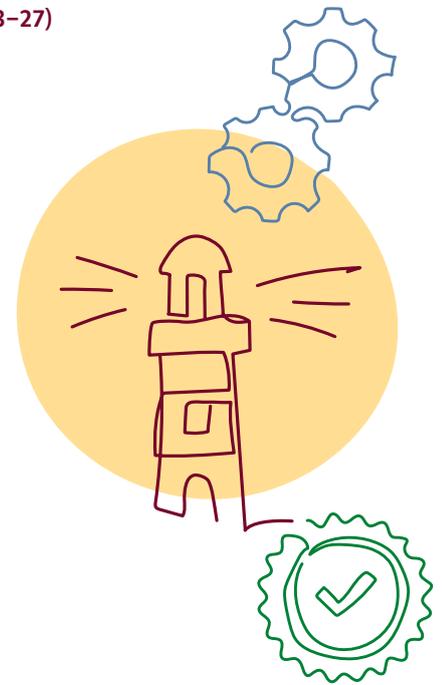


## Gendertransformative Ansätze

Gendertransformative Ansätze schaffen ein gesellschaftliches Bewusstsein für Geschlechterungleichheiten und verändern aktiv und nachhaltig die zugrundeliegenden Ursachen. Das können zum Beispiel diskriminierende Gesetze, ungleiche soziale Normen und Praktiken, diskriminierende Einstellungen, **Geschlechterrollen oder -stereotype** sein. Damit ein Ansatz gendertransformativ ist, müssen sowohl auf individueller und zwischenmenschlicher Ebene als auch auf gesellschaftlicher und systemischer Ebene diskriminierende Genderstereotype und -normen aufgebrochen und behandelt werden.

Die Integration des sogenannten Gender-Ansatzes in die Umsetzung der deutschen Entwicklungspolitik kann mit verschiedenen Intensitäten von gendersensibel bis gendertransformativ stattfinden. In manchen Länderkontexten ist bereits die Vereinbarung gendersensibler oder genderresponsiver Maßnahmen ein Erfolg. Auch sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

## II. Umsetzung nachhalten – Monitoring und Überprüfung



**D**er Gender-Aktionsplan definiert Themenschwerpunkte, Ziele und beispielhafte Maßnahmen für die Umsetzung der feministischen Entwicklungspolitik. Um die Umsetzung transparent zu machen, bewertet das BMZ die Zielerreichung für die Jahre 2023 bis 2027 anhand quantitativer und qualitativer Indikatoren sowie mit Hilfe von Deskriptoren. Die Deskriptoren sind Beschreibungen, die angestrebte Veränderungen durch transformative und intersektionale Ansätze aufzeigen.

Die Zuständigkeit für das Monitoring des Gender-Aktionsplans liegt beim BMZ. Die staatlichen Durchführungsorganisationen<sup>2</sup> liefern hierfür projektbezogene Daten zu. Zur Auswertung der Deskriptoren beabsichtigt das BMZ, eine begleitende Studie zu beauftragen. Ein Halbzeitbericht schafft eine Basis für Austausch und Anpassungen bei Bedarf.

**Das Monitoring des Gender-Aktionsplans wird – soweit möglich – feministische Prinzipien berücksichtigen:**

→ **Fokus auf transformative Ansätze:**

Bei der Auswahl der Maßnahmen im Gender-Aktionsplan stellen wir vorrangig transformative Ansätze dar, die Veränderungen von Machtverhältnissen, Genderrollen und Normen zum Ziel haben.



→ **Neue Wege der Wirkungsmessung:** Transformative und strukturelle Wirkungen sind nur langfristig zu erreichen und methodisch schwierig zu erfassen.

Das BMZ wird in Abstimmung mit den Durchführungsorganisationen, Partnerregierungen und Zielgruppen in Partnerländern Maßnahmen mit Beiträgen zu transformativen Wirkungen auswerten, Lernerfahrungen für die Umsetzung ableiten und Projektansätze in die Breite tragen, etwa durch die Beauftragung begleitender Studien. Methoden wie Narrativerzählungen (Storytelling) sollen dabei stärker als Quelle der Wirkungsmessung berücksichtigt werden.

→ **Partizipativ und inklusiv:** Das Monitoring bezieht – wo möglich – Zivilgesellschaft, Wissenschaft und lokales Wissen ein. Hierzu ist die Einrichtung eines Gremiums vorgesehen, bestehend aus Organisationen aus der Zivilgesellschaft aus dem Globalen Süden und Norden, Projektpartner\*innen, dem BMZ-Jugendbeirat, Vertreter\*innen der Durchführungsorganisationen und der Wissenschaft. Das Gremium soll sich mindestens einmal jährlich treffen und das BMZ bei der Umsetzung und Weiterentwicklung beraten.

→ **Raum für Reflexion und Lernen:** Ein Halbzeitbericht im Jahr 2025 wird Raum für wechselseitigen Austausch und Reflexion zu den Ergebnissen schaffen und wo erforderlich Anpassungen ermöglichen.

→ **Intersektionalität:** Wo technisch möglich und solange Anonymität gewahrt werden kann (*Do-no-harm*-Ansatz), werden intersektionale Ansätze in der Datenerhebung und -analyse genutzt.

# III. Rechte, Ressourcen, Repräsentanz stärken



**D**ie Reduzierung von Ungleichheit ist eine Grundlage nachhaltiger Entwicklung und eine der Zukunftsaufgaben der Menschheit. Das BMZ bekämpft Ungleichheiten in den drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung – wirtschaftlich, ökologisch und sozial.<sup>3</sup> Mit der feministischen Entwicklungspolitik bauen wir dabei auf dem 3R-Ansatz auf – der Stärkung von Rechten, Ressourcen und Repräsentanz.

**Rechte:** Wir arbeiten mit den Partnerländern zusammen, um diskriminierende Gesetze und Normen abzubauen und die Rechte sowie den Zugang zu Recht für Frauen und marginalisierte Gruppen zu stärken.

**Ressourcen:** Gemeinsam mit den Partnerländern verbessern wir den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen für Frauen und marginalisierte Gruppen.

**Repräsentanz:** Wir stärken die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und marginalisierten Gruppen und ihre Rolle als Entscheidungsträger\*innen in gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen.

In all diesen Bereichen beziehen wir lokales Wissen und Expertise ein und arbeiten verstärkt mit der Zivilgesellschaft vor Ort zusammen.

Nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn strukturelle Ungleichheiten abgebaut werden und alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Sprache, Alter, Behinderungen, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion, sozioökonomischer Situation, Geschlechtsidentität oder **sexueller Orientierung** – gleichberechtigt sind.

In den folgenden Kapiteln stellen wir dar, wie die 3R in den verschiedenen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden können. Die Schwerpunktthemen wurden unter anderem auf Grundlage des BMZ Kern- und Initiativthemenmodells, des Koalitionsvertrags und der Rückmeldungen aus den Konsultationen mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft ausgewählt. Sie nehmen wichtige Aspekte bestehender internationaler Verpflichtungen auf, wie des *Aktionsplans der Bundesregierung zur Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit* oder des *dritten Aktionsplans der Europäischen Union (EU) zur Gleichberechtigung der Geschlechter in den Außenbeziehungen (EU GAP III)*.

Die Aufstellung der Schwerpunkte und Maßnahmen in diesem Aktionsplan ist nicht als abschließend zu sehen. Die Ziele und Prinzipien der feministischen Entwicklungspolitik sollen vielmehr in alle Bereiche der deutschen Entwicklungspolitik einfließen: sowohl in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit als auch auf internationaler Ebene und im BMZ selbst (Kapitel IV – VI).

# Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt

**W**eltweit sind Frauen und andere benachteiligte Gruppen in politischen und gesellschaftlichen Prozessen unterrepräsentiert. Soziale Normen oder Gesetze hindern sie daran, gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben. So werden auch ihre Belange und Bedürfnisse nicht angemessen berücksichtigt.

**Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt** nimmt in (Post-)Konflikt- und Flucht- sowie vielen Migrationskontexten zu. Gleichzeitig sind Frauen in die Bewältigung von Konflikten und ihre Aufarbeitung kaum einbezogen.

Dabei wissen wir: Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und anderen benachteiligten Gruppen, die inklusive Gestaltung von Friedens- und Wiederaufbauprozessen sowie von Vergangenheitsarbeit sind unabdingbar für nachhaltige, friedliche Gesellschaften und können zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen.

## Zahlen – Daten – Fakten:

- Zwischen 1992 und 2019 waren nur durchschnittlich 13 Prozent der Verhandler\*innen in Friedensprozessen Frauen.<sup>4</sup>
- Sexualisierte Gewalt wird durch (gewaltsame) Konflikte verschärft. Konfliktbezogene sexualisierte Gewalt wird unter anderem als Mittel der Kriegsführung eingesetzt.<sup>5</sup>
- Im Durchschnitt verfügen Frauen nur über drei Viertel der gesetzlichen Rechte, die Männer genießen.<sup>6</sup>
- Weltweit liegt der durchschnittliche Anteil von Frauen in Parlamenten bei unter 27 Prozent.<sup>7</sup>

## Zu diesen Zielen tragen wir bei:

### Ziel 1

Frauen und marginalisierte Gruppen gestalten Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Konfliktprävention sowie der Friedensarbeit gleichberechtigt mit.

### Ziel 2

Frauen und marginalisierte Gruppen haben gleichberechtigten Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und bedarfsorientierter Unterstützung in Migrations-, Flucht- und (Post-)Konfliktkontexten.

### Ziel 3

Frauen und marginalisierte Gruppen haben Zugang zu Recht und können gleichberechtigt am politischen Leben teilhaben.

## Das werten wir aus:

- Anteil der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel, die Gleichstellung der Geschlechter im Thema Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt fördern
- Anzahl der Menschen, die sich an kommunalen, regionalen oder nationalen politischen Willensbildungs- oder Entscheidungsprozessen direkt beteiligt haben (Disaggregation: Frauen) (*Standardindikator*<sup>8</sup>)
- **Gendertransformative Ansätze**<sup>9</sup> sind zum Beispiel solche, die gemeinsam mit lokaler Zivilgesellschaft oder traditionellen und religiösen Autoritäten, asymmetrische Machtbeziehungen und Rollenbilder in Kontexten von Migration, Flucht, Konflikt- und Postkonfliktsituationen sowie Friedensprozessen diskutieren und hinterfragen.

## Diese Maßnahmen setzen wir mit unseren Partnerländern um:

- Wir setzen den *Nationalen Aktionsplan* (NAP III, 2021 – 2024) zur Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UN) um.
- Wir unterstützen die gleichberechtigte Teilhabe in Friedensverhandlungen und Konfliktbewältigung, unter anderem über den *Women's Peace and Humanitarian Fund* der UN, oder indem wir Friedensaktivist\*innen schulen und vernetzen.
- Wir fördern gemeindebasierte Ansätze, Sensibilisierungskampagnen und Generationendialoge für gleichberechtigte Teilhabe aller, online wie offline.
- Wir verbessern den Zugang zu Schutz und Unterstützung in Migrations-, Flucht- und (Post-)Konfliktkontexten: Basisdienstleistungen, Beschäftigung, hochwertige (berufliche) Bildung, psychosoziale Unterstützung und politische Teilhabe. Dazu trägt unter anderem das *Aktionsnetzwerk für Frauen auf der Flucht* bei.
- Wir fördern soziale Sicherungssysteme, die auch im Krisenfall die Bedarfe von Frauen, Mädchen und anderen benachteiligten Gruppen berücksichtigen.
- Wir stärken lokale Organisationen, traditionelle und religiöse Autoritäten sowie Jugend- und Frauennetzwerke in ihrer Arbeit zu sozialem Zusammenhalt, in der zivilen Konfliktbearbeitung, in Migrationskontexten, bei Gewaltprävention, Vergangenheitsarbeit und Versöhnungsprozessen.
- Wir verbessern den Zugang von Frauen und marginalisierten Gruppen zu Recht durch zielgerichtete Rechtsinformation und den Abbau rechtlicher und sozialer Hindernisse, unter anderem mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme, UNDP*) über die *Gender Justice Platform*.
- Wir fördern Frauen und marginalisierte Gruppen als Entscheidungsträger\*innen in politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen.
- Wir unterstützen die Erarbeitung geschlechtergerechter und Gleichstellungsgesetzgebung und die Anwendung des Rechts durch Verwaltung und Justiz.



## Beispiel Gleichstellungsreformen in Kolumbien

Das BMZ unterstützt gemeinsam mit der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank (IDB) Kolumbien bei der Umsetzung von Politikreformen im Bereich Geschlechtergleichstellung. Grundlage der Unterstützung ist eine politikbasierte Finanzierung, bei der die Mittelauszahlung an politische Reformen gebunden ist. Konkret vereinbart sind etwa Maßnahmen zur Prävention von geschlechtsbasierter Gewalt, zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit und zur Stärkung der Rechte von Menschen

mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten. Außerdem soll eine bessere Rechtslage für die Umsetzung der nationalen Pflegepolitik geschaffen werden. Ergänzt wird die Finanzierung durch technische Unterstützung und Beratung der kolumbianischen Regierung, etwa die Gründung und Stärkung des neuen Ministeriums für Gleichstellung, das im Sommer 2023 seine Arbeit aufgenommen hat.

# Geschlechtsbasierte Gewalt

**G**eschlechtsbasierte Gewalt ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung. Vor allem Frauen, Mädchen und **LGBTIQ+** Personen sind betroffen. Das Risiko, ihr ausgesetzt zu sein, ist für Menschen mit sich überschneidenden Diskriminierungsmerkmalen noch höher, etwa für Frauen und **LGBTIQ+** Personen auf der Flucht sowie Mädchen oder Frauen mit Behinderungen. Geschlechtsbasierte Gewalt tritt zunehmend auch im digitalen Raum auf und kann sich mit anderen Formen von Fehlverhalten überschneiden, etwa Korruption. Überlebende geschlechtsbasierter Gewalt können häufig nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, nicht zur Schule oder zur Arbeit gehen. Zu geschlechtsbasierter Gewalt zählen unter anderem Gewalt im nahen sozialen Umfeld, etwa durch Familienangehörige oder (Ex-)Partner\*innen, sexualisierte Gewalt, aber auch weibliche Genitalverstümmelung sowie Früh- und Zwangsverheiratung.

Dass geschlechtsbasierte Gewalt in allen Gesellschaften vorkommt und in vielen akzeptiert ist, liegt unter anderem an **patriarchal** geprägten Normen und Geschlechterrollen. Um einen Wandel zu erreichen, setzen wir in den Familien, Gemeinden und der gesamten Gesellschaft an. Die Betroffenen stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Mit diesem **überlebendenzentrierten Ansatz** schaffen wir eine ganzheitliche, stress- und traumasensible

Unterstützung. Wir kooperieren insbesondere mit der Zivilgesellschaft, die häufig die erste Anlaufstelle für Überlebende solcher Gewalt ist. Hierbei sind der Dialog mit den Partnerländern und ein kontextsensibles Vorgehen besonders wichtig.

---

## Zahlen – Daten – Fakten

- Weltweit ist fast jede dritte Frau während ihres Lebens von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen.<sup>10</sup>
- Im Durchschnitt werden jede Stunde mehr als fünf Frauen und Mädchen von einer Person im sozialen oder familiären Umfeld getötet.<sup>11</sup>
- Mädchen und Frauen mit Behinderungen erleben bis zu zehnmal häufiger Gewalt als Menschen ohne Behinderungen.<sup>12</sup>
- **LGBTIQ+** Personen sind einem erhöhten Risiko von geschlechtsbasierter Gewalt ausgesetzt.<sup>13</sup>
- Etwa 200 Millionen Mädchen und Frauen weltweit sind von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen.<sup>14</sup>

## Beispiel Generationendialog für sozialen Wandel

Seit mehr als 20 Jahren unterstützt das BMZ die Durchführung des Generationendialogs für sozialen Wandel. Dieser schafft geschützte Räume, in denen sich Gemeindemitglieder geschlechts- und generationsübergreifend zu sensiblen Themen wie weibliche Genitalverstümmelung austauschen und gemeinsam Wege entwickeln, diese Praktiken zu überwinden. Dabei erforschen, würdigen und bewerten die Gemeindemitglieder die Gründe für das Bestehen solcher Praktiken und die ihnen zugrunde liegenden Werte selbst. Seit 2001 wurde der Generationendialog in Burkina Faso, der Demokratischen Republik Kongo, Guinea, Kenia, Lesotho, Mali, Mauretanien, Namibia, Nepal, Pakistan, Sierra Leone und Jemen auch im Kontext anderer sensibler gesellschaftlicher Themen umgesetzt.



## Zu diesen Zielen tragen wir bei:

### Ziel 1

Diskriminierende Normen und Geschlechterstereotype wandeln sich und führen zu einer Abnahme geschlechtsbasierter Gewalt und schädlicher Praktiken.

### Ziel 2

Die Partnerländer schaffen die rechtlichen Grundlagen zur Überwindung aller Formen von geschlechtsbasierter Gewalt unter Einbeziehung von Opfern und Überlebenden und setzen sie um.

### Ziel 3

Überlebende und Betroffene von geschlechtsbasierter Gewalt haben Zugang zu psychosozialen, medizinischen, sozialen und rechtlichen Dienstleistungen.

## Diese Maßnahmen setzen wir mit unseren Partnerländern um:

- Wir schaffen Anlaufstellen für Überlebende von geschlechtsbasierter Gewalt, bei denen sie sicher und vertraulich medizinische, rechtliche und psychosoziale Betreuung bekommen und über soziale oder finanzielle Dienstleistungen unterstützt werden.
- Wir fördern Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Beschäftigungsperspektiven für Betroffene, die sie darin unterstützen, selbstbestimmt unabhängige Lebensperspektiven zu entwickeln.
- Wir stärken rechtsstaatliche Institutionen und den Zugang zur Justiz und verbessern die Strafverfolgung von Täter\*innen und Wiedergutmachung, in unseren Partnerländern und international.

## Das werten wir aus:

- Anteil der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel, die die Überwindung von geschlechtsbasierter Gewalt und schädlichen Praktiken fördern
- Anzahl an Kindern und Jugendlichen, die bei Schutz vor bzw. Erfahrung mit Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung unterstützt wurden (Disaggregation: Mädchen/Frauen bis 18. Lebensjahr) (*Standardindikator*)
- **Gendertransformative Ansätze** arbeiten zum Beispiel gezielt mit Männern und Jungen zusammen. Ziel ist es, den respektvollen und gewaltfreien Umgang mit Frauen, Mädchen und LGBTIQ+ Personen zu vermitteln und so zu positiven Veränderungen von Geschlechterrollen und Männlichkeitsbildern beizutragen.
- Wir beraten bei der Entwicklung von Gesetzen und Maßnahmen zur Prävention von geschlechtsbasierter Gewalt und zur Unterstützung von Betroffenen.
- Wir führen Präventionsarbeit und Sensibilisierungskampagnen zu Ursachen, Formen und dem Umgang mit geschlechtsbasierter Gewalt durch: in Gemeinden, Schulen und in Institutionen wie Polizei, Justiz und im Privatsektor.
- Wir initiieren Dialogprozesse, in denen alle Teilnehmer\*innen Geschlechterstereotype reflektieren und Wege entwickeln, diese zu überwinden.
- Wir arbeiten mit religiösen Akteur\*innen und anderen lokalen Führungspersonlichkeiten als Akteur\*innen des Wandels zusammen, um allen Formen geschlechtsbasierter Gewalt entgegenzuwirken, etwa weiblicher Genitalverstümmelung.

# Gesundheit – sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

**E**in Drittel der Weltbevölkerung lebt ohne verlässlichen Zugang zu essenziellen Gesundheitsdienstleistungen. Frauen und marginalisierten Gruppen, insbesondere LGBTIQ+ Personen sowie Geflüchteten und Binnenvertriebenen, bleiben häufig Dienstleistungen und Informationen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten verwehrt, etwa der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln, sicheren Geburten und sicherem Schwangerschaftsabbruch. Gleichzeitig stellen Frauen einen Großteil des Gesundheitspersonals und sind dabei oftmals prekären Arbeitsbedingungen und unter anderem einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt.

Um die körperliche und psychische Gesundheit aller Menschen zu verbessern und **sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte** zu verwirklichen, müssen die Bedarfe von Frauen und anderen benachteiligten Gruppen ins Zentrum gerückt werden. Strukturelle Ursachen für Benachteiligung und Stigmata sind etwa diskriminierende Gesetze im Gesundheitssektor, Korruption, ungleiche soziale Normen und Praktiken sowie patriarchale Geschlechterrollen und -stereotype. Feministische Ansätze leisten einen Beitrag dazu, dass insbesondere Frauen und Mädchen selbstbestimmter über ihr Leben entscheiden können.

## Zu diesen Zielen tragen wir bei:

### Ziel 1

Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen profitieren von allgemeiner Gesundheitsversorgung und gleichberechtigtem Zugang zu Gesundheitsdiensten, inklusive sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte.

### Ziel 2

Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen können ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte verwirklichen.

## Zahlen – Daten – Fakten

- Alle zwei Minuten stirbt eine Frau im Zusammenhang mit Schwangerschaft oder Geburt.<sup>15</sup> 218 Millionen Frauen im Globalen Süden möchten verhüten, haben jedoch keinen Zugang zu modernen Methoden der Familienplanung.<sup>16</sup>
- 2019 verarmten 344 Millionen Menschen in Folge von Krankheit. Frauen und frauengeführte Haushalte sind hiervon besonders betroffen.<sup>17</sup>
- Die Lebenserwartung von Indigenen Völkern ist um bis zu 20 Jahre niedriger als die Lebenserwartung von Menschen, die der nicht-Indigenen Bevölkerung angehören. Indigene Völker sind häufiger von einem schlechteren Gesundheitszustand, Behinderungen und eingeschränkter Lebensqualität betroffen.<sup>18</sup>
- Der Zugang zu essenziellen Gesundheitsdiensten ist für LGBTIQ+ Personen eingeschränkt, wenn sie im Gesundheitssystem Stigmatisierung, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen erfahren und darum seltener Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen.<sup>19</sup>

*My body  
my choice*



## Diese Maßnahmen setzen wir mit unseren Partnerländern um:

- Wir setzen uns für die Reformierung diskriminierender Gesetze ein, die Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen haben.
- Wir unterstützen gendergerechte Gesundheitssysteme und stoßen Reformen zur Gesundheitsfinanzierung an.
- Wir bauen den geschlechtergerechten, inklusiven und klimaresilienten Zugang zu Wasser-, Sanitär- und Hygiene-Infrastruktur (WASH) aus und tragen dazu bei, Tabus und Stigmata zur Menstruation abzubauen.
- Wir fördern Sensibilisierungskampagnen und bedarfsorientierte Informationen sowie den Zugang zu Verhütungsmethoden, Menstruationsprodukten sowie periodenfreundlichen Toiletten und Waschgelegenheiten, um die **Menstruationsgesundheit und -hygiene** zu verbessern.
- Wir fördern Sexuaufklärung und Dialogformate mit Familien, Gemeinschaften, lokalen zivilgesellschaftlichen und religiösen Akteur\*innen zum Recht auf Selbstbestimmung über den Körper, Sexualität und Familienplanung.
- Wir fördern geschlechtersensible Forschung, unter anderem zu Zugangsbarrieren zu Gesundheitsdiensten, geschlechtsspezifischen Unterschieden bei Krankheiten und digitalen Lösungen.

## Das werten wir aus:

- Anteil der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel, die Gleichstellung der Geschlechter im Thema Gesundheit und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte fördern
- Anzahl der Menschen, die in der Verwirklichung ihres Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Gesundheit unterstützt wurden (Disaggregation: Frauen; Kinder/Jugendliche) (*Standardindikator*)
- **Gendertransformative Ansätze** beinhalten zum Beispiel Sexuaufklärung und Dialogformate mit Familien, Gemeinschaften und religiösen Akteur\*innen zum Recht auf Selbstbestimmung über den Körper, Sexualität und Familienplanung. Jungen und Männer werden mit einbezogen und dadurch geschlechtsspezifische Erwartungen verändert, die bislang häufig die Verantwortung für die Empfängnisverhütung bei Frauen sehen oder Männer davon abhalten, Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch zu nehmen.

## Beispiel Gesundheitsversorgung in Kamerun

Das BMZ unterstützt Kamerun, Barrieren unter anderem für LGBTIQ+ Personen in ihrem Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten und Gesundheit abzubauen. Hier analysieren wir zum Beispiel die Situation von benachteiligten Gruppen im Gesundheitssektor und sensibilisieren auf dieser Grundlage Mitarbeiter\*innen von Gesundheitsbehörden und -einrichtungen sowie Gesundheitsfachkräfte für die Herausforderungen und Bedürfnisse von LGBTIQ+ Personen bei der Gesundheitsversorgung.

# Wirtschaftliche und soziale Stärkung, Teilhabe und Zugang zu guter Arbeit



**D**as Wissen, die Kreativität und die Wirtschaftskraft von Frauen sind ein unzureichend genutztes Potenzial. Für die Frauen bedeutet finanzielle Unabhängigkeit häufig eine bessere gesellschaftliche und familiäre Stellung und bietet einen gewissen Schutz vor Ausbeutung und Missachtung ihrer Rechte.

In zahlreichen Ländern und im globalen Wirtschaftssystem werden Frauen benachteiligt: beim Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt, bei Eigentums- oder Erbrechten, in der Berufswahl oder beim Zugang zu Krediten. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, fehlende soziale Absicherung, ungleiche Verteilung von **Pflege- und Sorgearbeit**, fehlender Zugang zum Internet, geschlechtsbasierte Gewalt in der Arbeitswelt, Korruption oder patriarchale Rollenbilder schränken Frauen in der Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte ein.

## Zu diesen Zielen tragen wir bei:

### Ziel 1

Alle Menschen haben unabhängig von ihrem Geschlecht oder anderen Diskriminierungsmerkmalen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung.

### Ziel 2

Ungleichheiten in sozialen Sicherungssystemen sowie im Bereich der Pflege- und Sorgearbeit sind abgebaut.

### Ziel 3

Frauen und marginalisierte Gruppen haben gleichberechtigten Zugang zu menschenwürdiger Arbeit sowie eine freie Berufswahl. Ihre wirtschaftliche Situation ist verbessert.

## Zahlen – Daten – Fakten

- Die Erwerbstätigenquote von Frauen liegt mit 47 Prozent global deutlich unter der von Männern (72 Prozent).<sup>20</sup>
- Frauen verrichten ca. 75 Prozent der unbezahlten Pflege- und Hausarbeit.<sup>21</sup> Am Ende ihres Lebens sind das sieben Jahre mehr als Männer.<sup>22</sup>
- In 115 Ländern bestehen rechtliche Hindernisse für Unternehmerinnen, die für Männer nicht gelten.<sup>23</sup>
- In Ländern mit niedrigem Einkommen beenden knapp 46 Prozent der Jungen mit Behinderungen und nur ein Drittel der Mädchen mit Behinderungen die Grundschule.<sup>24</sup>
- Weltweit haben 259 Millionen weniger Frauen als Männer einen Zugang zum Internet.<sup>25</sup>

## Beispiel Jobs und lokale Wirtschaft im Irak

Mit einem Vorhaben im Irak wollen wir beitragen, die lokale Wirtschaft wiederzubeleben und Beschäftigungsmöglichkeiten für Binnenvertriebene, Rückkehrer\*innen und bedürftige Anwohner\*innen zu steigern. Zuschüsse aus dem *Enterprise Development Fund* (EDF), insbesondere an frauengeführte kleine und mittlere Unternehmen, helfen Arbeitsplätze zu schaffen. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten. Zudem wird es Unternehmen durch wirtschaftsfördernde Infrastrukturmaßnahmen erleichtert, sich anzusiedeln oder zu expandieren.

## Diese Maßnahmen setzen wir mit unseren Partnerländern um:

- Wir fördern gendertransformative Bildung, die diskriminierenden sozialen Normen entgegenwirkt.
- Wir unterstützen Barrierefreiheit, Zugang zu hochwertiger, kostenfreier Bildung, zu Wasser, Sanitär- und Hygieneversorgung (WASH) in Schulen und Sexuaufklärung.
- Wir fördern (berufliche) Bildung in digitalen und nachhaltigen Zukunftssektoren und verbessern damit Beschäftigungschancen und Unternehmensgründungen von Frauen.
- Wir wirken auf Anerkennung, Reduzierung und Umverteilung unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit (Care-Arbeit) hin und setzen uns für gute Arbeitsbedingungen in bezahlter Care-Arbeit ein.
- Wir wirken der Geschlechterkluft bei Löhnen entgegen und setzen uns für das Schließen der *Gender Pay Gap* ein, um gerechte wirtschaftliche Teilhabe zu fördern.
- Wir fördern soziale Sicherungssysteme, die unter anderem Frauen und Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang gewähren und ihren besonderen Bedarfen Rechnung tragen, etwa durch Mutterschutzgeld, Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegeangebote oder Sozialhilfeprogramme.
- Wir fördern menschenwürdige Arbeit für formell und informell Beschäftigte, die die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organization*, ILO) umsetzt.

## Das werten wir aus:

- Anteil der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel, die Gleichstellung der Geschlechter im Thema wirtschaftliche und soziale Stärkung, Teilhabe und Zugang zu guter Arbeit fördern
- Anzahl der geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätze (Disaggregation: gute Arbeitsplätze, Frauen, Jugendliche) (*Standardindikator*)
- **Gendertransformative Ansätze** beinhalten zum Beispiel, dass Schüler\*innen sich im geschützten Raum mit geschlechtsspezifischen Erwartungen, Rollen und Diskriminierungen kritisch auseinandersetzen und dadurch ein Lernumfeld für Kinder und Jugendliche aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen erzeugt wird. Gendertransformative Bildung beinhaltet darüber hinaus den inklusiven Zugang zu Bildung, beispielsweise indem Schulen und dazugehörige sanitäre Einrichtungen barrierefrei zugänglich und Schulmahlzeiten kostenlos verfügbar sind.
- Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Gestaltung globaler Wertschöpfungsketten und Wirtschaftspartnerschafts- oder Freihandelsabkommen ein.
- Wir unterstützen Reformen, die Benachteiligungen in der Wirtschaft abbauen, etwa zu wirtschafts- und handelspolitischen Rahmenbedingungen, Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisation oder bei Arbeitsrechten für Menschen mit Behinderungen.
- Wir setzen uns für finanzielle Einbindung von Frauen ein und fördern Unternehmer\*innen bei der Gründung oder Ausweitung ihrer Unternehmen, etwa durch Unterstützung der *Women Entrepreneurs Finance Initiative* (We-Fi).

# Just Transition

**I**n vielen Regionen der Welt sind Frauen und Indigene Völker Wissensträger\*innen für den Erhalt der biologischen Vielfalt, der Wasserressourcen und für den Klimaschutz. Gleichzeitig haben Klimawandel und Biodiversitätsverlust besonders starke Auswirkungen auf Frauen und bereits benachteiligte Bevölkerungsgruppen, etwa Menschen mit Behinderungen, Indigene Völker, sozio-ökonomisch benachteiligte oder jugendliche und ältere Menschen.

Die Teilhabe und Stärkung von Frauen und marginalisierten Gruppen als Akteur\*innen des Wandels ist entscheidend für eine sozial-ökologische Transformation und damit für den gerechten **Übergang zu einer sozial- und klimaverträglichen Wirtschaftsweise (Just Transition)**.

## Zu diesen Zielen tragen wir bei:

### Ziel 1

Frauen, Kinder und Jugendliche sowie Indigene Völker sind als zentrale Akteur\*innen des Wandels für Klimaschutz und -anpassung und für den Schutz von natürlichen Ressourcen und Artenvielfalt anerkannt und werden an allen Entscheidungen und Maßnahmen gleichberechtigt beteiligt. Ihr Wissen wird wertgeschätzt, aber auch geschützt.

### Ziel 2

Maßnahmen zu Klimaschutz und -anpassung sowie die Absicherung gegen die Folgen von Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung kommen allen Menschen gleichermaßen zugute.

### Ziel 3

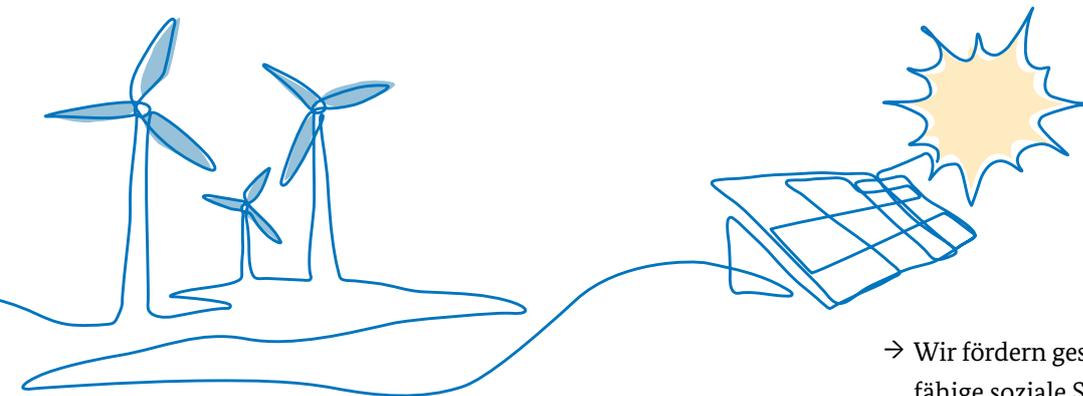
Eine inklusive, klima- und umweltgerechte Infrastruktur und Daseinsvorsorge wird von Frauen und marginalisierten Gruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt mitgestaltet.

## Zahlen – Daten – Fakten

- Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels hinderten 2021 mindestens vier Millionen Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen daran, ihre Ausbildung fortzusetzen.<sup>26</sup>
- Angriffe auf Aktivist\*innen für Klima- und Umweltschutz oder für Landrechte nehmen zu. Dabei richtete sich mehr als ein Drittel der tödlichen Angriffe gegen Vertreter\*innen Indigener Völker.<sup>27</sup>
- Auf der UN-Klimakonferenz 2022 waren nur 20 Prozent der Delegationsleiter\*innen Frauen.<sup>28</sup>
- Menschen mit Behinderungen haben im Katastrophenfall ein unverhältnismäßig hohes Risiko zu sterben.<sup>29</sup>

## Beispiel soziale Sicherung in Indonesien

Seit 2011 unterstützt das BMZ das indonesische Ministerium für nationale Entwicklungsplanung darin, das nationale soziale Sicherungssystem auszubauen. Unter anderem aufgrund extremer Wetterereignisse und Naturkatastrophen und damit einhergehenden Vermögensschäden und Einkommensverlusten besteht in Indonesien ein hohes Armutsrisiko. Mit 242 Millionen Mitgliedern – 88 Prozent der Bevölkerung – ist die indonesische Krankenversicherung mittlerweile die größte beitragsbasierte Krankenversicherung weltweit. Die Unterstützung des BMZ fokussiert insbesondere Bevölkerungsgruppen in vulnerablen Situationen, und unterstützt beispielsweise deren finanzielle Einbindung sowie den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen.



### Diese Maßnahmen setzen wir mit unseren Partnerländern um:

- Wir stärken Netzwerke von Wissensträger\*innen, Umwelt- und Menschenrechtsaktivist\*innen, damit sie ihre lokalen, Indigenen und traditionellen Kenntnisse und Praktiken für Klimaresilienz, Umwelt- und Biodiversitätsschutz einbringen können.
- Wir setzen uns für nationale Klimaanpassungsstrategien ein, die menschenrechtsbasiert, inklusiv und geschlechtergerecht sind (etwa in *National Adaptation Plans, Nationally Determined Contributions*).
- Wir fördern geschlechtergerechte Ansätze in der finanziellen Absicherung gegen Klimarisiken, etwa im Rahmen des *Globalen Schutzschilds gegen Klimarisiken*.
- Wir verbessern geschlechtergerechten, inklusiven und klimaresilienten Zugang zu Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene, zum Beispiel zu verbesserter Menstruationsgesundheit und -hygiene in Schulen und Gesundheitseinrichtungen.
- Wir fördern geschlechtergerechte und anpassungsfähige soziale Sicherungssysteme, die insbesondere Frauen gegenüber Klimarisiken absichern und die Integration in den aufgrund des Wandels zu einer ökologischen Wirtschaft veränderten Arbeitsmarkt erleichtern.
- Wir stärken die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenrisikomanagement und in nationalen Klimaanpassungsstrategien, etwa durch inklusive und barrierefreie Warnsysteme und Evakuierungsmaßnahmen.
- Wir unterstützen geschlechtergerechte Mobilitätskonzepte und die klimaresiliente Anpassung von Infrastruktur an die Bedarfe von Frauen und anderen benachteiligten Gruppen.
- Wir fördern die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Indigenen Völkern an Stadtentwicklung und im Wasser- und Energiesektor.
- Wir unterstützen berufliche Aus- und Weiterbildung und Beschäftigung von Frauen in den für die sozial-ökologische Transformation relevanten Sektoren, etwa dem Energie- und Wassersektor sowie Kreislaufwirtschaft.

### Das werten wir aus:

- Anteil der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel mit den Zielen Anpassung an den Klimawandel, Minderung der Treibhausgase, Beitrag zu den Zielen der Biodiversitätskonvention und Umwelt- und Ressourcenschutz, die zugleich Gleichstellung der Geschlechter fördern
- Anzahl der Menschen, die bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels direkt unterstützt wurden (Disaggregation: Frauen) (*Standardindikator*)
- **Gendertransformative Ansätze** beinhalten zum Beispiel, dass Frauen, Menschen mit Behinderungen oder Indigene Völker gleichberechtigt und institutionalisiert in lokale und nationale Strategien und Gremien der Klimapolitik einbezogen werden. Über die gezielte Beteiligung werden ihr Wissen und ihre Erfahrungen anerkannt, berücksichtigt und geschützt, ihre gesellschaftliche Gestaltungsmacht vergrößert und Klimapolitik geschlechtergerecht gestaltet.

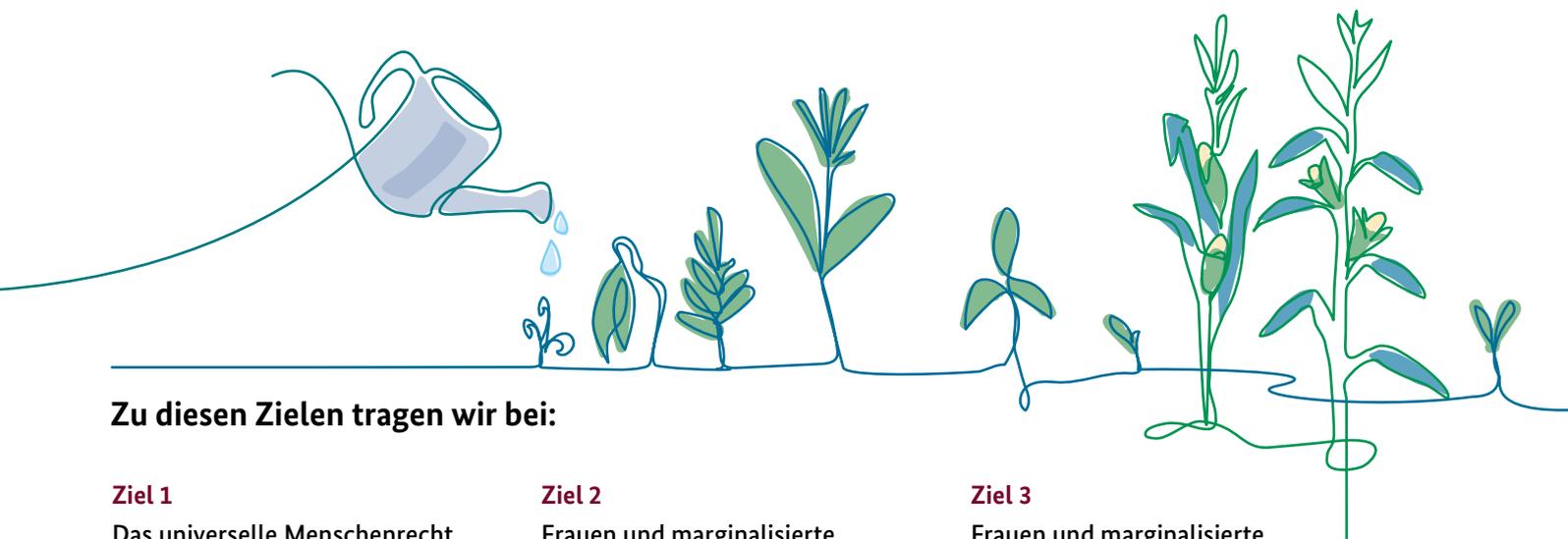
# Ernährungssicherheit, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

**F**rauen und Indigene Völker sind wichtige Wissensträger\*innen im Management natürlicher Ressourcen, in der Anpassung an die Folgen des Klimawandels und für Agrar- und Ernährungssysteme. Kleinbäuer\*innen übernehmen eine entscheidende Rolle für die weltweite Ernährungssicherung und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Allerdings haben diese Gruppen nicht den gleichen Zugang zu Land- und Wasserrechten, zu Betriebsmitteln, Finanzierung und Netzwerken wie die meisten Männer. Der Zugang zu Technologien, Marktinformationen, Mechanisierung und Krediten im ländlichen Raum ist insbesondere für Kleinbäuer\*innen wichtig. Zudem sind sie häufiger von Ernährungsunsicherheit und Fehlernährung betroffen und nicht gleichberechtigt an Entscheidungen im Agrar- und Ernährungssektor beteiligt.

## Zahlen – Daten – Fakten

- Im Jahr 2021 waren 126 Millionen mehr Frauen als Männer von Ernährungsunsicherheit betroffen. Damit hat sich die geschlechtsspezifische Kluft in der Ernährungsunsicherheit seit 2019 mehr als verdoppelt.<sup>30</sup>
- Die Zahl der von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen könnte um 45 Millionen sinken, wenn geschlechtsspezifische Unterschiede in der landwirtschaftlichen Produktivität und das Lohngefälle im Agrar- und Ernährungssystem überwunden würden.<sup>31</sup>
- Drei Viertel der Angehörigen Indigener Völker (73 Prozent) leben in ländlichen Gebieten und sind für ihren Lebensunterhalt in hohem Maße von landwirtschaftlichen Systemen abhängig.<sup>32</sup>



## Zu diesen Zielen tragen wir bei:

### Ziel 1

Das universelle Menschenrecht auf sichere, ausreichende und ausgewogene Ernährung mit besonderer Berücksichtigung des spezifischen Nährstoffbedarfs für Frauen, Kinder und Jugendliche ist umgesetzt.

### Ziel 2

Frauen und marginalisierte Gruppen besitzen gleiche Nutzungsrechte und gleichberechtigten Zugang zu den Ressourcen Land, Wasser und Kapital.

### Ziel 3

Frauen und marginalisierte Gruppen sind aktiv an Entscheidungen auf allen Ebenen im Bereich der Ernährungssicherheit, Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung beteiligt.

## Diese Maßnahmen setzen wir mit unseren Partnerländern um:

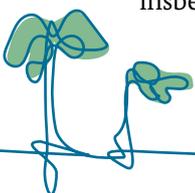
- Wir verbessern den Zugang für Frauen zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, Krediten, beruflicher Bildung, Marktinformationen, (digitalen) Technologien und Mechanisierung im ländlichen Raum.
- Wir unterstützen gleiche Rechte für den Besitz und das Erben von Land und Eigentum – im Gesetz und in der Umsetzung.
- Wir unterstützen den Aufbau lokaler Expert\*innen-Netzwerke, (landwirtschaftlicher) Genossenschaften sowie anderer Organisationsformen und tragen zu gleichberechtigter Repräsentanz von Frauen bei.
- Wir fördern Transparenz von Landrechten und -verwaltung etwa durch Anwendung von *Open Data* und gleichberechtigten Zugang zu Informationen bei der Beanspruchung und Registrierung von Landrechten.
- Wir fördern die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels durch soziale Sicherungssysteme, insbesondere von Kleinbäuer\*innen (siehe Kapitel *Just Transition*).
- Wir setzen uns für Beschwerdemechanismen zu Land- und Wassernutzung sowie für Konsultations- und Zustimmungsrechte der betroffenen Bevölkerung entlang internationaler Standards ein. Hierzu zählt unter anderem die Umsetzung der Konvention über Indigene und in Stämmen lebende Völker (ILO C-169) – und die freie vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) Indigener Völker.
- Wir fördern menschenwürdige Arbeit, existenzsichernde Einkommen und faire Löhne in der Landwirtschaft und in Agrarlieferketten, insbesondere für Frauen.

## Das werten wir aus:

- Anteil der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel, die Gleichstellung der Geschlechter im Thema Ernährungssicherheit, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung fördern
- Anzahl der Menschen, die eine verbesserte Verfügbarkeit und einen verbesserten Zugang zu Nahrungsmitteln haben (Disaggregation: Frauen und Kleinkinder) (*Standardindikator*)
- **Gendertransformative Ansätze** beinhalten zum Beispiel die Beratung von Partnerregierungen, gleichberechtigte Land- und Wasserrechte für Frauen und marginalisierte Gruppen in Gesetzgebung und Politik zu verankern. Dadurch können sie selbstbestimmtere Entscheidungen treffen und ihre soziale und finanzielle Situation verbessern. Zudem können sich langfristig Machtdynamiken hin zu mehr Gleichberechtigung in Politik, Recht und Gesellschaft verändern.

## Beispiel sichere Landrechte für Frauen

Das BMZ fördert die Sicherung von Landrechten. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Landbesitzzertifikate auf die Frauen beziehungsweise auf die Namen beider Eheleute ausgestellt werden. In Teso, Uganda, wurden 92 Prozent der Landzertifikate für Land im Namen der gesamten Familie ausgestellt. In der Folge gaben 75 Prozent der befragten Dorfbewohner\*innen an, dass Frauen und Männer nun gemeinsam über ihr Land entscheiden. Das Projekt arbeitet zudem mit traditionellen Institutionen zusammen und bindet Frauen als aktive Mitglieder in Vermessungs- und Streitbeilegungsteams, sowie in Entscheidungsgremien ein.



## IV. Den feministischen Ansatz in Vorhaben verankern, Geschlechtergleichstellung gezielt fördern

**D**ie BMZ-Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik zielt auf die Beseitigung der strukturellen Ursachen für Ungleichheit und Diskriminierung für alle Menschen ab. Wir wollen mit unserer Entwicklungszusammenarbeit sowohl *mehr* für die Gleichstellung der Geschlechter tun, als auch *anders* wirken, nämlich langfristig und transformativ.

Grundlage der feministischen Entwicklungspolitik ist der menschenrechtsbasierte Ansatz, das heißt das Verständnis von Frauen und anderen benachteiligten Gruppen als Akteur\*innen und Inhaber\*innen von Rechten. Mit der feministischen Entwicklungspolitik setzt das BMZ verstärkt auf gendertransformative Ansätze. Sie tragen dazu bei, diskriminierende Machtstrukturen, Gesetze, soziale Normen

oder Geschlechterrollen zu überwinden. Bei vielen ohnehin an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen kommen zudem mehrere Gründe für Diskriminierung zusammen. Diese sich überschneidenden und gegenseitig verstärkenden Diskriminierungen auf unterschiedlichen Ebenen (strukturell, institutionell, individuell, historisch) wollen wir angehen, um Ungleichheiten zu überwinden (Intersektionalität). Nicht zuletzt bedeutet eine feministische Entwicklungspolitik, sich in einen machtkritischen Lernprozess hin zu einer postkolonialen und antirassistischen Entwicklungspolitik zu begeben. Zur Umsetzung dieses feministischen Ansatzes in unserer Entwicklungszusammenarbeit suchen wir die enge Abstimmung mit unseren Partnerländern sowie die engere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.

---

### Unsere Ziele:

#### Ziel 1

Die Förderung der Geschlechtergleichstellung ist in allen Regionen, Sektoren und Instrumenten selbstverständlicher Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit des BMZ.

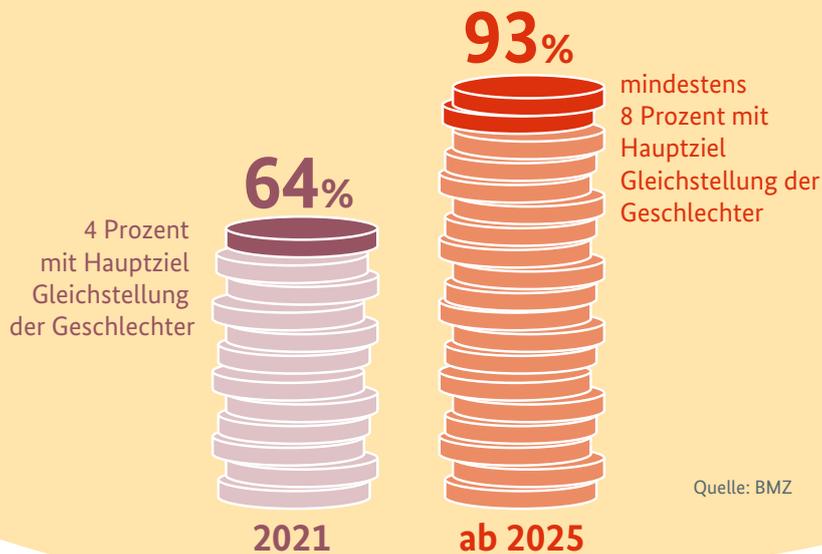
#### Ziel 2

Feministische Ansätze, die gendertransformativ, intersektional, machtkritisch und postkolonial sind sowie einen Fokus auf die Förderung der Zivilgesellschaft haben, fließen in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ein.

#### Ziel 3

Das BMZ und die Durchführungsorganisationen haben eine bessere Daten- und Evidenzgrundlage für wirksame Ansätze einer feministischen Entwicklungspolitik.

Abb. 1 | Portfolioentwicklung: Anteil der vom BMZ pro Haushaltsjahr neuzugesagten Projektmittel mit dem Ziel Gleichstellung der Geschlechter



## Zahlen – Daten – Fakten

Diskriminierende soziale Normen, restriktive Gesetzgebungen, patriarchal geprägte Machtstrukturen und Geschlechterstereotypen limitieren die Handlungsfähigkeit von Frauen und anderen benachteiligten Gruppen:

- 56 Prozent der Weltbevölkerung meinen, dass Kinder darunter leiden, wenn Mütter erwerbstätig sind.<sup>33</sup>
- In 41 Ländern darf Frauen aufgrund einer Schwangerschaft gekündigt werden.<sup>34</sup>
- In 28 Ländern werden Frauen gesetzlich nicht als Haushaltsvorstand anerkannt, so dass sie Benachteiligungen im Familien- oder Steuerrecht erfahren können.<sup>35</sup>
- Jedes zusätzliche Schuljahr eines Mädchens kann das Einkommen als Erwachsene durchschnittlich um bis zu 20 Prozent steigern.<sup>36</sup>
- In 63 UN-Staaten stehen gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen unter Strafe, in zwölf Ländern kann dafür sogar die Todesstrafe verhängt werden.<sup>37</sup>

## Wir steuern das Portfolio unserer Entwicklungszusammenarbeit um:

- Wir haben das Ziel, bis 2025 den Anteil der neuzugesagten Projektmittel, die einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten, auf insgesamt 93 Prozent zu erhöhen und unterlegen damit die Umsetzung der feministischen Entwicklungspolitik finanziell. Der Anteil der neu zugesagten Projektmittel für Maßnahmen mit dem primären Ziel der Gleichstellung der Geschlechter soll bis 2025 auf mindestens 8 Prozent verdoppelt werden. (Siehe Abb. 1)<sup>38</sup>
- Wir formulieren im Leistungsprofil für das Qualitätsmerkmal *Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion* Vorgaben zur Berücksichtigung feministischer Ansätze in BMZ-finanzierten Maßnahmen und stellen praktische Arbeitshilfen für die Mitarbeiter\*innen zur Verfügung.
- Wir entwickeln gendertransformative Ansätze und Vorhaben weiter. Dazu nutzen wir unter anderem Erkenntnisse aus Evaluierungen, Wissenschaft und Berichten der Durchführungsorganisationen und Zivilgesellschaft.

- Wir fördern gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen, die sich aufgrund mehrfacher Diskriminierung in besonders vulnerablen Situationen befinden (Intersektionalität). Hierzu zählen unter anderem Frauen und Mädchen mit Behinderungen, LGBTIQ+ Personen, ethnische Minderheiten, Indigene Völker und lokale Gemeinschaften sowie Frauen und Mädchen, die in extremer Armut leben, von gewaltsamen Konflikten betroffen oder auf der Flucht sind.
- Wir schützen und verbessern die Rechte von Frauen, Mädchen und Menschen nicht-**binärer** Geschlechtsidentität und diverser sexueller Orientierung. Wir arbeiten hierzu verstärkt mit Frauen- und Menschenrechtsverteidiger\*innen sowie LGBTIQ+ Organisationen zusammen.
- Wir verstärken unser Engagement für die Inklusion und das Empowerment von Menschen mit Behinderungen in den Partnerländern und halten dies mit der neu eingeführten Inklusionskennung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nach.
- Wir stärken die Datengrundlage für eine feministische Entwicklungspolitik und beugen der Reproduktion von Stereotypen durch Methoden der Datenerhebung vor. Daher erfassen und nutzen wir verstärkt Daten, welche die Lebenswirklichkeiten verschiedener Personengruppen disaggregiert abbilden und berücksichtigen dabei feministische Ansätze, etwa Intersektionalität. Hierzu fördern wir unter anderem den *LGBTI Inclusion Index* des UNDP.
- Wir beziehen Männer und Jungen, männliche Entscheidungsträger oder lokale, traditionelle und religiöse Autoritäten als Akteure für einen Wandel ein durch Sensibilisierung, Dialoge und Trainings.
- Wir stärken **Süd-Süd-und Dreieckskooperation**, um auf besonders partnerschaftliche Weise regionale und länderspezifische Herangehensweisen soziale, wirtschaftliche und politische Herausforderungen zu identifizieren und zu unterstützen.

### Das werten wir aus:

- Anteil der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel, die Gleichstellung der Geschlechter (GG2) als Hauptziel verfolgen (Ziel: 2025: 8 Prozent)
- Anteil der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel, die Gleichstellung der Geschlechter als Haupt- oder Nebenziel verfolgen (GG2 oder GG1) (Ziel: 2025: 93 Prozent)
- Anteil der neu zugesagten Projektmittel, die zur Inklusion und dem Empowerment von Menschen mit Behinderungen beitragen
- Beispiele von BMZ finanzierten Neuvorhaben (GG1, GG2), die mit gendertransformativen Ansätzen arbeiten
- Anteil der Dreieckskooperation der vom BMZ neu zugesagten Projektmittel (mit DEK-Kennung)

# V. Internationale Allianzen ausbauen

**N**achhaltige Lösungen und globale Gerechtigkeit brauchen internationale Allianzen.

In der Zusammenarbeit mit regionalen und multilateralen Organisationen und Kooperationspartner\*innen stützt sich das BMZ auf die universellen Menschenrechte und die Prinzipien von Respekt und Gegenseitigkeit. Die internationale und multilaterale Zusammenarbeit ist Partnerin und Hebel für mehr Geschlechtergerechtigkeit und für gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen. Dazu gehört auch, gemeinsam mit unseren Partner\*innen voneinander zu lernen und zu reflektieren.

Weltweit nehmen Bewegungen und Politiken gegen Geschlechtergerechtigkeit, gegen die Rechte von LGBTIQ+ Personen sowie gegen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu. Eine feministische Entwicklungspolitik braucht deshalb Allianzen, um sich diesen Bestrebungen entschieden entgegenzustellen.




---

## Zu diesen Zielen tragen wir bei:

### Ziel 1

Organisationen im multilateralen System, die sich für die Ziele der feministischen Entwicklungspolitik einsetzen, sind in ihrem Mandat und ihren Kapazitäten gestärkt.

### Ziel 2

Die Ziele der feministischen Entwicklungspolitik sind in multilateralen Foren, in der Europäischen Union und im Politikdialog mit den Partnerländern unter Berücksichtigung der landesspezifischen Kontexte eingebracht.

### Ziel 3

Gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten und Organisationen sind Allianzen zur kohärenten Umsetzung der Ziele und Prinzipien einer Feministischen Entwicklungspolitik etabliert.

### Ziel 4

Die **feministische Zivilgesellschaft**, insbesondere aus dem Globalen Süden, kann sich in der internationalen und multilateralen Zusammenarbeit besser beteiligen.

**Wir bauen internationale Allianzen aus:**

- Wir arbeiten eng mit UN Women zusammen, um ihr Mandat und ihre Rolle für die Gleichstellung der Geschlechter innerhalb des Systems der UN zu stärken.
- Wir setzen uns multilateral für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte und die Beendigung geschlechtsbasierter Gewalt sowie schädlicher Praktiken ein, unter anderem über den Weltbevölkerungsfonds *United Nations Population Fund* (UNFPA) und das UN-Kinderhilfswerk UNICEF sowie in Zusammenarbeit mit der *Global Financing Facility for Women, Children and Adolescents* (GFF) und der *International Planned Parenthood Federation* (IPPF).
- Wir halten die Beitragszahlungen an UN Women, UNFPA, UNDP, UNICEF, die multilateralen Bildungsfonds *Global Partnership for Education* und *Education Cannot Wait*, die *Women Entrepreneurs Finance Initiative* (We-Fi), die GFF und den *UN Treuhandfonds zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen* auf hohem Niveau.
- Wir setzen uns für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein, unter anderem mit der *Partnerschaft der UN für die Rechte von Menschen mit Behinderungen* (UNPRPD).
- Wir setzen uns dafür ein, dass die EU über *Team Europe* Initiativen und *Global Gateway* die im *Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt* (NDICI-Global Europe) gesetzten Zielvorgaben vollumfänglich erreicht. Wir setzen außerdem die im EU GAP III festgelegten Ziele um, unter anderem in EU-Handelsabkommen.
- Wir engagieren uns in Multi-Akteurs-Partnerschaften für mehr Geschlechtergerechtigkeit, zum Beispiel bei *Generation Equality*.
- Wir setzen uns für feministische Positionen sowie für progressive und inklusive Sprache ein: in der EU, den UN, der OECD, der G7 und G20 sowie weiteren internationalen Foren und Zusammenschlüssen.
- Wir treten gemeinsam mit gleichgesinnten Partner\*innen (*like-minded*) und in agilen Allianzen mit weiteren Partner\*innen entschieden der Bewegung gegen Geschlechtergerechtigkeit entgegen und setzen uns für LGBTIQ+ Rechte und die Verwirklichung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte ein.
- Wir setzen uns für eine Stärkung der Agenda zur Pflege- und Sorgearbeit ein, zum Beispiel über die *Global Alliance for Care*.

**Das werten wir aus:**

- Beitragszahlungen des BMZ an UN Women, UNFPA, UNDP, UNICEF, den multilateralen Bildungsfonds *Global Partnership for Education* und *Education Cannot Wait*, die We-Fi, die GFF und den *UN Treuhandfonds zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen*
- Anteil der in einem Jahr verabschiedeten Protokolle von Regierungsverhandlungen, in denen Ziele der feministischen Entwicklungspolitik berücksichtigt sind
- Anzahl der Erklärungen und Strategiedokumente der EU, Weltbank, UN, OECD-DAC, UN-Klimakonferenz, UN-Frauenrechtskommission, G7 und G20, in denen das BMZ daran mitgewirkt hat, die Ziele der feministischen Entwicklungspolitik zu verankern
- Anzahl der Allianzen mit feministischen Zielsetzungen mit Beteiligung des BMZ und unter Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren des Globalen Südens

- Wir setzen uns dafür ein, feministische Ansätze und Standards zu fördern: in Strategien, Initiativen oder Netzwerken der EU und UN-Organisationen, im Entwicklungsausschuss (*Development Assistance Committee*, DAC) der OECD, in multilateralen Klimafonds, in multilateralen Bildungsfonds *Global Partnership for Education* und *Education Cannot Wait* sowie in den Prüfungen multilateraler Organisationen durch das *Multilateral Organisation Performance Assessment Network* (MOPAN).
- Wir setzen uns dafür ein, dass multilaterale Fonds sich geschlechtergerecht ausrichten (etwa über Gender-Kennungen in *UN Multi Partner Trust Funds*) und dass Entscheidungsgremien paritätisch besetzt sind (zum Beispiel bei der Klimafinanzierung).
- Wir setzen uns in Strategieprozessen für die Ziele der feministischen Entwicklungspolitik in der Weltbank und anderen multilateralen Entwicklungsbanken ein, etwa durch den Aufbau von Kapazitäten auf Länderebene für **Mainstreaming** und Monitoring und für GG2-vergleichbare Projekte in besonders reforminteressierten Partnerländern.
- Wir setzen uns in der Bundesregierung ebenso wie in der G7 und G20 und dem OECD-DAC für eine Erhöhung der bi- und multilateralen öffentlichen Mittel für Entwicklungsleistungen (*Official Development Assistance*, ODA) ein, die zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen.
- Wir unterstützen in der G7 und G20 Verpflichtungen im Bereich der Gleichberechtigung der Geschlechter. Die Umsetzung halten wir unter anderem durch das *G7 Dashboard on Gender Gaps* nach (siehe Textbox Gleichstellung der Geschlechter in der G7 (Gruppe der 7)).
- Wir setzen uns dafür ein, dass Länder des Globalen Südens stärker im multilateralen System beteiligt werden, etwa durch angepasste institutionelle Regelungen, gemeinsame Erklärungen und Initiativen, die gemeinsame Übernahme von Vorsitzen großer internationaler Konferenzen und indem wir Impulse unserer Partnerländer aufgreifen.

## Gleichstellung der Geschlechter in der G7 (Gruppe der 7)

Die deutsche G7-Präsidentschaft 2022 legte einen Schwerpunkt auf die Gleichstellung der Geschlechter. In den G7-Abschlussdokumenten sind progressive Sprache sowie Maßnahmen zu LGBTIQ+ Inklusion und sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten festgehalten. Ein Fokus lag 2022 auf dem Bereich der Pflege- und Sorgearbeit. Daneben betont die G7 die Notwendigkeit der Unterstützung von Frauen in all ihrer Diversität in Krisen und Konfliktkontexten und bekennt sich erstmalig zu gendertransformativer Bildung. Im gesamten Prozess wurde mit den zivilgesellschaftlichen G7-Engagementgruppen zusammengearbeitet. Die Ergebnisse aus diesem multilateralen Prozess beeinflussen nachhaltig die internationale Politik der G7-Staaten und werden u. a. im *G7 Dashboard on Gender Gaps* nachgehalten.

- Wir bringen im Politikdialog mit unseren Partnerländern unsere feministischen Ansätze auf Leitungs- und Arbeitsebene ein, beispielsweise in Regierungsverhandlungen, in Workshops zur Portfolioentwicklung oder im alltäglichen Austausch unserer Referent\*innen vor Ort in den Auslandsvertretungen. Dabei berücksichtigen wir jeweils die landesspezifischen Kontexte.
- Wir fördern die inklusive Beteiligung der feministischen Zivilgesellschaft, von Frauennetzwerken, **Frauenrechtsbewegungen**, LGBTIQ+ Organisationen und Menschenrechtsverteidiger\*innen im Globalen Süden an internationalen Strategie- und politischen Entscheidungsprozessen sowie ihre Stimme im multilateralen System.
- Wir setzen uns für die Nutzung von Mitteln der Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken ein, um die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und ihre Teilhabe an Entscheidungsprozessen zu verstärken.

## VI. Mit gutem Beispiel voran – Eine Institution stellt sich auf

**Z**u einer feministischen Entwicklungspolitik gehört auch, die eigenen Strukturen, Prozesse und Arbeitsweisen kontinuierlich zu reflektieren und anzupassen. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und als Institution einen Veränderungs- und Lernprozess auf den Weg bringen. Wir wollen feministische Ansätze glaubhaft vorleben und die Mitarbeiter\*innen im Ministerium und in den Durchführungsorganisationen darin bestärken, diese in der täglichen Arbeit anzuwenden.

Dazu gehört, dass wir **Diversität**, Chancengleichheit und Teilhabe in den Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit fördern. Zudem schaffen wir Räume für Austausch und Reflexion über Machtungleichheiten und koloniale Kontinuitäten, die auch unsere Entwicklungszusammenarbeit beeinflussen. Wir sensibilisieren unsere Mitarbeiter\*innen im Umgang mit rassistischen Denkmustern. Unser Ziel ist es, strukturelle Ungleichheiten zu überwinden und die Grundlage für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Globalem Norden und Globalem Süden zu stärken.

### Zu diesen Zielen tragen wir bei:

#### Ziel 1

BMZ-Mitarbeiter\*innen kennen die Kernelemente<sup>39</sup> einer feministischen Entwicklungspolitik und können diese in ihrer Arbeit anwenden.

#### Ziel 2

Diversität und Chancengleichheit aller Mitarbeiter\*innen des BMZ sind durch gezielte Maßnahmen gestärkt und die Null-Toleranz-Politik gegen jede Form der Diskriminierung wird weiterverfolgt.

#### Ziel 3

Wirksame Beschwerdemechanismen tragen zur Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Umsetzung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bei und schützen Kooperationspartner\*innen, Kinder und Jugendliche vor Gewalt in all ihren Ausprägungen.

#### Ziel 4

Vielfältige zivilgesellschaftliche Perspektiven und lokale Wissenssysteme im Globalen Süden sind, wo möglich und sinnvoll, in die Strategie- und Konzeptionsprozesse einbezogen. Lokale, feministische, zivilgesellschaftliche Akteure werden stärker finanziell gefördert.

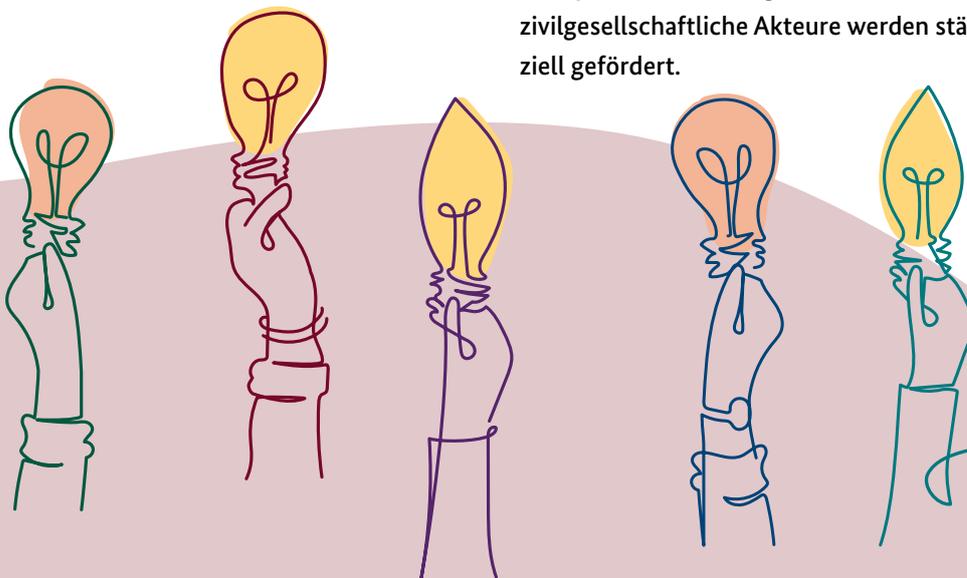
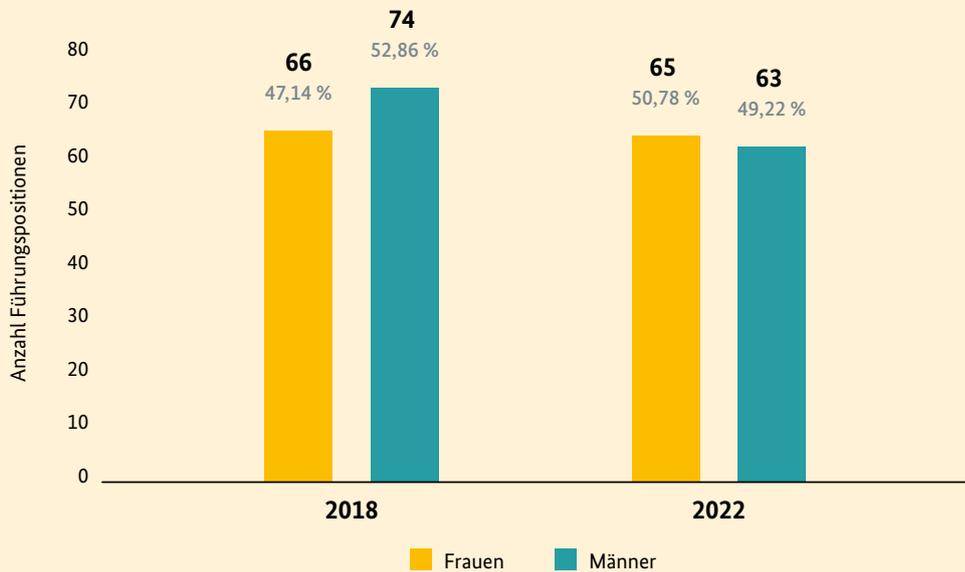


Abb. 2 | Geschlechterverteilung bei Führungspositionen im höheren Dienst



Quelle: BMZ, Sechster Gleichstellungsplan 2023–2026; Stichtag jeweils 30.06.

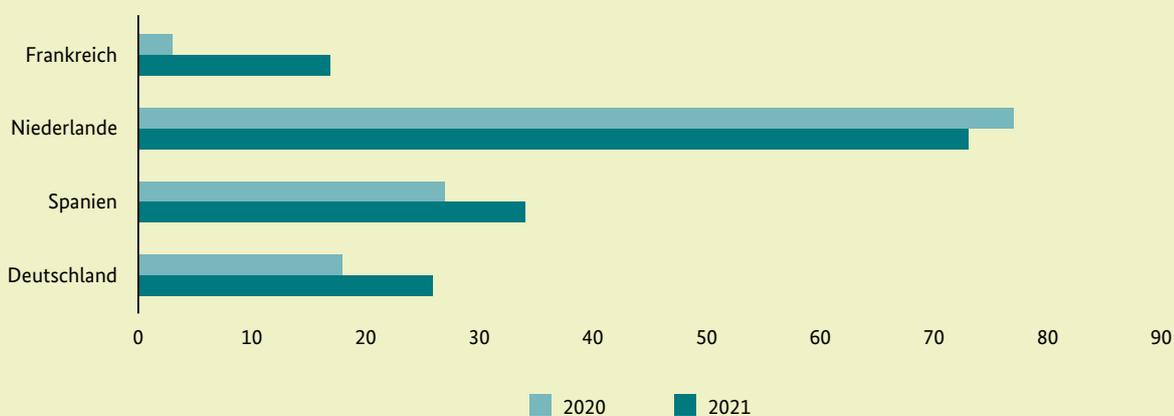
### Wir überprüfen und entwickeln die internen Strukturen des BMZ weiter:

- Wir erweitern das Angebot an spezifischen Fortbildungen, um die Kompetenzen unserer Mitarbeiter\*innen zu den Kernelementen einer feministischen Entwicklungspolitik zu erhöhen.
- Wir setzen uns in einem partizipativen und selbstkritischen Prozess mit der Rolle kolonialer Kontinuitäten auseinander. Wir überprüfen, wie wir in unserer Entwicklungszusammenarbeit bestehende Machtdynamiken überwinden können. Dabei suchen wir engen Austausch mit der Zivilgesellschaft aus dem Globalen Süden.
- Wir pflegen eine Kultur der Wertschätzung für Diversität im BMZ und unserer Zusammenarbeit mit Partner\*innen.<sup>40</sup> Wir stärken Diversität in Verfahren der Personalgewinnung, -auswahl und -entwicklung, zum Beispiel durch Trainings und Schulungen von Personalreferent\*innen.
- Wir stellen weiterhin Geschlechterparität auf allen Führungsebenen im BMZ sicher und setzen konkrete Maßnahmen des hausinternen Gleichstellungsplans um, zum Beispiel zur Stärkung des BMZ als familienfreundlichem und inklusivem Arbeitgeber sowie Maßnahmen zur Prävention von und zum Umgang mit (sexueller) Belästigung und Grenzüberschreitung am Arbeitsplatz. (Siehe Abb. 2).

## Wir überprüfen die Arbeitsweisen und Prozesse des BMZ:

- Wir entwickeln die menschenrechtlichen Beschwerdesysteme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit den Durchführungsorganisationen und der Zivilgesellschaft weiter, einschließlich des Schutzes vor sexueller Ausbeutung, Missbrauch und Belästigung (SEAH).<sup>41</sup>
- Wir formulieren eine BMZ-Kinderschutzpolicy und Mindeststandards zum Kinderschutz in den Durchführungsorganisationen.
- Wir stärken zivilgesellschaftliche Perspektiven in Strategieprozessen und machen diese Prozesse inklusiv zugänglich.
- Wir berücksichtigen zivilgesellschaftliche Perspektiven im Politikdialog und stärken den Austausch mit der Zivilgesellschaft vor Ort in unseren Partnerländern.
- Wir bauen die Finanzierung lokaler (feministischer) Zivilgesellschaft, von Graswurzel-Organisationen sowie (Menschenrechts-) Aktivist\*innen aus.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Wissen und die Erfahrungen lokaler Mitarbeiter\*innen und Kooperationspartner\*innen der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit noch stärker einbezogen werden. Zu diesem Zwecke wird das BMZ prüfen, wie bestehende Barrieren abgebaut werden können, zum Beispiel durch sprachliche Vorgaben.
- Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt schaffen wir einen regelmäßigen ressortübergreifenden Austausch zu Menschenrechten, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion sowie feministischer Außen- und Entwicklungspolitik.

Abb. 3 | Höhe der für Frauenrechtsorganisationen und -bewegungen bereitgestellten Mittel (Mio. / €)



Quelle: OECD DAC CRS Datenbank, 13.02.2023. Für die Umrechnung verwendeter Wechselkurs: 1 US\$= 0,875506 EUR (2020) und 1 US\$.<sup>42</sup>

## Beispiel Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

Das BMZ kooperiert mit der Nichtregierungsorganisation *Women Engage for a Common Future* (WECF International), um zivilgesellschaftliche Organisationen zu befähigen, sich effektiv für geschlechtergerechte Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen und die Vertretung von Frauen in zentralen Entscheidungsgremien zu erhöhen. In Georgien, Kolumbien und Uganda verbessert WECF International die Datenlage durch umfassende Gender-Analysen und Monitoring-Aktivitäten und versetzt zivilgesellschaftliche Organisationen durch gezielte Schulungs- und Mentoring-Programme in die Lage, sich wirksam für eine geschlechtergerechte Klimapolitik einzusetzen. Es leistet einen Beitrag dazu, dass Frauen in zentralen Entscheidungsgremien stärker vertreten sind.

### Das werten wir aus:

- Anteil der BMZ-Mitarbeiter\*innen, die zu den Kernelementen einer feministischen Entwicklungspolitik fortgebildet wurden
- Benennung von Ansprechpersonen zur feministischen Entwicklungspolitik in den Abteilungen
- Anzahl von Maßnahmen und Initiativen im BMZ, die Diversität in den eigenen Strukturen stärken und der Prävention gegen Diskriminierung dienen
- Anteil von Frauen im einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst sowie in den Führungspositionen im BMZ
- Durchführung eines systematischen Prozesses im Haus mit dem Ziel, koloniale Kontinuitäten in der eigenen Arbeit zu identifizieren und zu überwinden
- Durchführung der Prüfung und Weiterentwicklung der bestehenden Beschwerdemechanismen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf Grundlage der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der UN und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft
- Anzahl der Vorhaben, die feministische, frauengeführte und auf Frauenrechte ausgerichtete Organisationen und Institutionen unterstützen

# Endnoten

- 1 Die feministische Entwicklungspolitik erkennt die Diversität von Gesellschaften an und vertritt ein inklusives, nicht-binäres Geschlechterverständnis. In diesem Dokument wird der Begriff *Frauen und marginalisierte Gruppen* verwendet, wenn es um Menschen geht, die aufgrund von Geschlecht, Sprache, Alter, Behinderungen, ethnischer oder sozialer Herkunft, Religion, sozioökonomischer Situation, Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung oder aus anderen Gründen diskriminiert werden. Dies beinhaltet auch die vielfältigen Identitäten und Lebensrealitäten von Gesellschaften in all ihrer Diversität.
- 2 Dies umfasst die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) sowie die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB).
- 3 BMZ (2023): Positionspapier. Weniger Ungleichheit. Mehr Chancen für nachhaltige Entwicklung.
- 4 Council on Foreign Relations (2021): Women's Participation in Peace Processes.
- 5 UNSG (2021): Conflicted Related Sexual Violence. Report of the United Nations Secretary General.
- 6 World Bank (2023): Women, Business and the Law 2023, S. 2.
- 7 IPU (2023): Global and regional averages of women in national parliaments.
- 8 Standardindikatoren sind quantitative Indikatoren, die eindeutig formuliert und definiert sind und in einer Vielzahl von Vorhaben mit einer vorab festgelegten Methode der Datenerhebung zum Einsatz kommen können. Standardindikatoren erfassen Ergebnisse über viele Vorhaben hinweg und erlauben eine globale Aggregation der Werte. Im Rahmen der BMZ 2030-Reform hat das BMZ 43 Standardindikatoren eingeführt, zu denen GIZ und KfW berichten. Der Gender-Aktionsplan nutzt geeignete Standardindikatoren ohne Anpassungen für Ergebnisaussagen zu den thematischen Schwerpunkten.
- 9 Gendertransformative Ansätze werden über Deskriptoren ausgewertet.
- 10 UN Women (2022): Facts and Figures: Ending Violence against Women.
- 11 UNODC (2022): Gender-related killings of women and girls (femicide/feminicide), S. 5.
- 12 World Bank (2019): Brief on Violence against Women and Girls with Disabilities, S. 3.
- 13 OCHCR (2018): Report of the Independent Expert on protection against violence and discrimination based on sexual orientation and Gender identity, S. 6.
- 14 UNICEF (2023): Female genital mutilation (FGM).
- 15 WHO (2023): Trends in maternal mortality 2000 to 2020: estimates by WHO, UNICEF, UNFPA, World Bank Group and UNDESA/Population Division, S. 30.
- 16 Sully et al. (2020): Adding It Up: Investing in Sexual and Reproductive Health 2019, S. 4.
- 17 WHO (2023): Tracking universal health coverage. 2021 global monitoring report, S. 16.
- 18 UNDESA DISD (2023): Health.
- 19 WHO (2023): Improving LGBTIQ+ health and well-being with consideration for SOGIESC.
- 20 ILO (2022): The gender gap in employment: What's holding women back?
- 21 Oxfam International (2023): Not all gaps are created equal: the true value of care work.
- 22 Dalberg (2019): It's about time: the case for valuing women and girls' unpaid care work, S. 2.
- 23 We-Fi (2022): The Case for Investing in Women Entrepreneurs, S. 5.
- 24 WHO (2011): World report on Disability, S. 207.
- 25 ITU (2022): The gender digital divide.
- 26 Malala Fund (2021): A greener, fairer future. Why leaders need to invest in climate and girls' education, S. 11.
- 27 Global Witness (2023): Decade of defiance, S. 11.
- 28 WEDO (2023): Who Decides: Women's Participation in the UN Climate Change Convention, S. 7.
- 29 OHCHR (2023): The impact of climate change on the rights of persons with disabilities. OHCHR and climate change.
- 30 UNICEF (2023): Undernourished and Overlooked. A Global Nutrition Crisis in Adolescent Girls and Women, S. 8.
- 31 FAO (2023): The status of women in agrifood systems. Overview, S. 162.
- 32 ILO (2019): Implementing the ILO Indigenous and Tribal Peoples Convention No. 169. Towards an inclusive, sustainable and just future, S. 14.
- 33 OECD (2023): SIGI 2023 Global Report: Gender Equality in Times of Crisis.
- 34 World Bank (2023): Women, Business and the Law 2023, S. 30.
- 35 Ebd, S. 24.
- 36 UN Women (2022): Progress on the Sustainable Development Goals. The Gender Snapshot 2022, S. 4.
- 37 ILGA (2023): ILGA World Database: Criminalisation of consensual same-sex sexual acts.
- 38 Die Vergabe der OECD-Kennung für die Gleichstellung der Geschlechter (GG-Kennung) macht zwar keine Aussage über die Integration gendertransformative Ansätze, jedoch setzt sie die Durchführung projektbezogener Genderanalysen voraus, welche unter anderem die Potentiale für gendertransformative Ansätze und Methoden analysieren.
- 39 Die Verwirklichung der Menschenrechte und der menschenrechtsbasierte Ansatz bilden die Grundlage für unsere feministische Entwicklungspolitik. Die Kernelemente einer feministischen Entwicklungspolitik umfassen die verstärkte Umsetzung von gendertransformativen Ansätzen und intersektionalen Perspektiven, ein postkoloniales, antirassistisches Verständnis von Entwicklungspolitik und die Zusammenarbeit in Allianzen auf multilateraler Ebene und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere Frauenrechts-, LGBTIQ+ und weiteren Menschenrechtsorganisationen.
- 40 Unter Diversität verstehen wir die Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen, unabhängig von bestimmten Merkmalen wie ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, physischen oder psychischen Fähigkeiten.
- 41 Grundlage sind die entsprechenden OECD-DAC-Empfehlungen von 2019: DAC Recommendation on Ending Sexual Exploitation, Abuse, and Harassment in Development Co-operation and Humanitarian Assistance.
- 42 Höhe der für Frauenrechtsorganisationen und- bewegungen bereitgestellten Mittel (Mio./€) ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten mit einer feministischen Außenpolitik.

# Glossar

<b>Agenda 2030</b>	Am 25. September 2015 wurde auf dem UN-Gipfel in New York die <i>Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung</i> verabschiedet. Mit der <i>Agenda 2030</i> bekennt sich die Weltgemeinschaft dazu, dass sich die komplexen globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen und dafür alle Staaten ihren Beitrag leisten müssen. Mit den dazugehörigen <i>17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs)</i> setzte sich die Weltgemeinschaft Ziele, wie alle Menschen auf der Welt ein menschenwürdiges Leben führen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft bewahrt werden können. Die <i>Agenda 2030</i> fordert alle Staaten dazu auf, ökologisch verträglich, sozial gerecht und wirtschaftlich leistungsfähig zu handeln.
<b>Antirassismus</b>	Einen antirassistischen Standpunkt zu vertreten bedeutet, grundsätzlich gegen jede Form von Rassismus zu sein und sich aktiv gegen jede Form von rassistischen Strukturen, Verhaltensweisen sowie Einstellungen einzusetzen (vgl. Glossar-Eintrag Rassismus).
<b>Binarität</b>	Binarität bedeutet im Allgemeinen die Zweiteiligkeit einer Sache. Ein binäres System teilt eine Einheit in zwei sich gegenüberstehende Segmente. Weltweit dominiert ein binäres Geschlechtersystem, das zwischen Männern und Frauen unterscheidet. Dabei werden Trans- oder Inter*-Menschen als Abweichung von der Norm angesehen. Mit dem binären Geschlechtersystem wird ein Machtverhältnis zwischen Geschlechtern innerhalb von Gesellschaften konstruiert und Männern und Frauen werden gleichzeitig bestimmte Rollenbilder und Fähigkeiten zugeschrieben (vgl. Geschlechterrollen und -stereotype).  Der feministischen Entwicklungspolitik liegt insgesamt ein inklusives, nicht binäres Verständnis von Geschlecht zugrunde.
<b>Diskriminierung</b>	Diskriminierung stellt eine Ungleichbehandlung oder Benachteiligung von einzelnen Personen oder Gruppen aufgrund verschiedener Merkmale wie beispielsweise Herkunft, Ethnizität, Alter, Behinderungen, Geschlechtsidentität, sexuelle Orientierung oder Religion/Weltanschauung dar.  Eine Mehrfachdiskriminierung liegt vor, sobald ein Mensch auf Basis mehrerer Merkmale diskriminiert wird. Mehrfachdiskriminierung beschränkt sich auf die individuelle Ebene und berücksichtigt Formen struktureller, institutioneller und historischer Diskriminierung oftmals nicht.
<b>Diversität</b>	Diversität steht für Vielfältigkeit und heutzutage für den respektvollen Umgang mit Menschen in all ihrer Vielfalt. Diese Vielfalt bezieht sich dabei auf unterschiedlichste Merkmale: sei es die ethnische oder soziale Herkunft, die Hautfarbe, die Geschlechtsidentität, verschiedene Religionen oder Weltanschauungen von Menschen.
<b>Do-no-harm</b>	<i>Do no harm</i> heißt übersetzt <i>Richte keinen Schaden an</i> . Nach dem <i>Do-no-harm-Prinzip</i> sollen mögliche negative Folgen von Entwicklungszusammenarbeit frühzeitig erkannt, vermieden und abgefedert werden. Programme in Krisenkontexten etwa müssen nach diesem Prinzip konfliktsensibel gestaltet werden. Eine entsprechende Vorgehensweise ist auch in Bezug auf Geschlechtergleichstellung von Bedeutung. Ist ein neues Vorhaben geplant, ist darauf zu achten, dass es bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheiten, Benachteiligungen oder Diskriminierungen nicht festigt oder verstärkt.
<b>Entwicklung</b>	Als Entwicklung wird allgemein eine schrittweise Veränderung bezeichnet, die eine (vermeintlich objektive) Verbesserung bedeutet. In der Entwicklungspolitik ist die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von Ländern des Globalen Südens gemeint. Das umfasst beispielsweise die Förderung des Wirtschaftswachstums oder auch die nachhaltige Entwicklung im Umgang mit Ressourcen. Der Begriff wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Rahmen des Unabhängigkeitsprozesses der Kolonialstaaten eingeführt und steht in der Kritik, den „Entwicklungsstand“ des Globalen Nordens als Norm zu setzen, wobei die Überlegenheit des Eigenen und die Rückständigkeit des Anderen festgestellt wird. Dieses Machtgefälle zieht sich bis heute in der Annahme fort, dass der Globale Norden „weiter entwickelt“ sei als der Globale Süden und dass soziale und wirtschaftliche Normen aus dem Globalen Norden als (Entwicklungs-)Messlatte gelten sollten. In diesem Kontext werden Unterschiede meist als Rückständigkeit der Partnerländer interpretiert
<b>Feminismus</b>	Feministische Strömungen und Bewegungen waren und sind vielfältig, dynamisch und verfolg(t)en unterschiedliche Ansätze und Ziele. Eins ist dabei klar: Feminismus ist keineswegs eine „Erfindung“ des Westens oder eine weiße, eurozentristische Perspektive. Auf der ganzen Welt haben sich seit über 200 Jahren feministische Theorien und Bewegungen herausgebildet, die je nach Epoche und Gesellschaftskontext vielfältige Erscheinungsformen aufweisen. Die diversen feministischen Bewegungen haben Feminismus unterschiedlich definiert. In einem Kontext stand neben Geschlecht die ethnische Zugehörigkeit stärker im Vordergrund (zum Beispiel <i>Black feminism</i> ), in einem anderen Kontext die Religion oder Klassenzugehörigkeit (zum Beispiel <i>sozialistischer Feminismus</i> ). Die eine Form des Feminismus stellt die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte ins Zentrum, während sich andere Feminismen verstärkt für die gleichberechtigte wirtschaftliche oder politische Teilhabe von Frauen einsetzen. Allen Feminismen gemeinsam sind jedoch ihr Widerstand gegen Diskriminierung und Unterdrückung und ihr Einsatz für geschlechtergerechte Machtverhältnisse.

<b>Feministische Zivilgesellschaft</b>	Die Zivilgesellschaft umfasst die Gesamtheit des Engagements der Bürger*innen eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfältigen Initiativen und sozialen Bewegungen –, das zwischen dem staatlichen, wirtschaftlichen und privaten Sektor angesiedelt ist. Dazu gehören alle Aktivitäten, die nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen sind. Der Begriff feministische Zivilgesellschaft beschreibt den Teil der Zivilgesellschaft, der zu Themen wie Frieden, Gerechtigkeit, Antidiskriminierung, Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, LGBTIQ+ Rechte sowie Antirassismus arbeitet und sich für die Gleichberechtigung aller Menschen einsetzt.
<b>Frauen(rechts-)bewegung</b>	Als Frauenrechtsbewegung oder auch Frauenbewegung wird eine soziale Bewegung bezeichnet, die sich für die Gleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen einsetzt. Es geht um Emanzipations-, Freiheits- und Gleichheitsbestrebungen von Frauen sowie das Eintreten von Frauen für ihre Rechte.
<b>Gender/Soziales Geschlecht</b>	Der englische Begriff <i>gender</i> hat sich in den 1960er Jahren in der deutschen Sprache als Bezeichnung für das soziale Geschlecht zunächst in der Wissenschaft etabliert. Gender verweist auf die sozialen Auswirkungen von Geschlecht und die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse, die durch Gesellschaft und Kultur geprägt sind. Der Begriff beschreibt, wie Zuschreibungen, Verhaltensweisen, Erwartungen, Vorstellungen und Normen an ein bestimmtes Geschlecht gebunden sind. Damit grenzt sich das soziale Geschlecht vom biologischen Geschlecht ab. Das soziale Geschlecht ist gesellschaftlich vorgegeben und daher kontextabhängig und wandlungsfähig (vgl. [Biologisches] Geschlecht, Geschlechterrollen und -stereotype).
<b>Gender-transformativ</b>	Gendertransformative Ansätze schaffen ein gesellschaftliches Bewusstsein für Geschlechterungleichheiten und verändern aktiv und nachhaltig die zugrundeliegenden Ursachen. Das können zum Beispiel diskriminierende Gesetze, ungleiche soziale Normen und Praktiken, diskriminierende Einstellungen oder Geschlechterrollen und -stereotype sein. Damit ein Ansatz gendertransformativ ist, müssen auf individueller und zwischenmenschlicher Ebene sowie auf gesellschaftlicher und systemischer Ebene diskriminierende Genderstereotype und -normen aufgebrochen und behandelt werden.  Die Integration von gendertransformativen Ansätzen ist zentral für die Umsetzung der feministischen Entwicklungspolitik.
<b>(Biologisches) Geschlecht</b>	Geschlecht fungiert als Oberkategorie für die englischen Begriffe von <i>sex</i> und <i>gender</i> . <i>Sex</i> bezieht sich dabei auf das biologische Geschlecht und umfasst alle körperlichen, geschlechtsspezifischen Merkmale, wie beispielsweise Chromosomen, Hormone oder innere und äußere Geschlechtsorgane. Menschen, deren biologisches Geschlecht mehrdeutig ist, werden oftmals der binären Kategorie Mann/Frau zugeordnet. In der Medizin und Biologie wird das binäre Modell inzwischen in Frage gestellt und das biologische Geschlecht als Spektrum verstanden (vgl. Gender/ Soziales Geschlecht).
<b>Geschlechterrollen und -stereotype</b>	Geschlechterrollen umfassen die allgemeinen gesellschaftlichen Erwartungshaltungen an das Verhalten von bestimmten Geschlechtern und sind kulturell vermittelt. Oft wird es demnach als natürlich angesehen, dass Frauen fürsorglich und liebevoll, Männer dagegen durchsetzungsstark und entscheidungsfreudig sind. Sollte eine Person diesen Erwartungen und Anforderungen nicht entsprechen, führt dies oftmals zu Ausgrenzung und Diskriminierung bis hin zu Hass und Todesdrohungen. Da es sich oft um klischeehafte Vorstellungen in Bezug auf Frauen und Männer handelt, spricht man auch von Geschlechterstereotypen.
<b>Gleichberechtigung der Geschlechter</b>	Gleichberechtigung ist, wenn jede Person die gleichen Rechte, Pflichten und Chancen hat. Geschlechtergerechtigkeit stellt einen Grundpfeiler einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung dar.  In der Praxis werden die Begriffe Gleichberechtigung der Geschlechter und Geschlechtergleichstellung oftmals als Synonym verwendet. Der Begriff der Gleichberechtigung stellt in erster Linie auf die juristische Gleichbehandlung von Menschen ab. Die rechtliche Gleichbehandlung führt jedoch nicht automatisch zu einer faktischen Gleichbehandlung im Sinne von gleichen Chancen, weshalb der Begriff der Gleichstellung eingeführt wurde.  Der Begriff der Geschlechtergleichstellung ist – jenseits der (theoretischen) juristischen Gleichbehandlung – als politischer Prozess zu verstehen. Er zielt darauf ab, dass die unterschiedlichen Interessen, Bedürfnisse und Prioritäten von Menschen berücksichtigt werden müssen, um eine faktische Gleichbehandlung zu erreichen. Das bedeutet, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Pflichten und Chancen tatsächlich wahrnehmen können. Es geht darum, tief verwurzelte geschlechtsspezifische Diskriminierungsformen zu überwinden und eine gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe für alle Geschlechter zu ermöglichen. Gleichberechtigung und Gleichstellung können sich gegenseitig bedingen.

<b>Intersektionalität</b>	<p>Intersektionalität beschreibt, wie verschiedene Gründe für Diskriminierung bei Menschen zusammenkommen (<i>intersection</i>: Überschneidung) und sich dabei gegenseitig verstärken. Dies bedeutet, dass sich Diskriminierungen beispielsweise aufgrund von Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Alter, Herkunft, Behinderungen, sozioökonomischem Status, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit oder Zuschreibung nicht isoliert voneinander betrachten oder einfach addieren lassen, sondern an den Schnittstellen neue Formen der Diskriminierung entstehen. So wird eine Schwarze Frau beispielsweise nicht nur aufgrund patriarchaler Strukturen als Frau diskriminiert und aufgrund rassistischer Strukturen als Schwarze Person. Aus der Wechselwirkung der Macht-systeme Patriarchat und Rassismus entsteht eine neue Form der Diskriminierung als Schwarze Frau.</p> <p>Eine intersektionale Herangehensweise stellt die Perspektive der marginalisierten Person oder Gruppe ins Zentrum und berücksichtigt das Zusammenwirken verschiedener Ungleichheiten, die aus unterschiedlichen Machtssystemen (beispielsweise Rassismus oder Klassismus) resultieren. Intersektionalität stellt somit ein hilfreiches Werkzeug dafür dar, soziale Ungleichheiten möglichst ganzheitlich zu erfassen und anzugehen.</p> <p>Das Konzept der Intersektionalität wurde von der US-amerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw Ende der 1980er Jahre geprägt.</p>
<b>LGBTIQ+</b>	<p>Die Abkürzung LGBTIQ+ steht für Lesben, Schwule (<i>Gay</i>), Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie andere queere Menschen. Das Plus (+) am Ende berücksichtigt, dass es weitere Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen gibt, die nicht in der Abkürzung benannt sind. Überall auf der Welt erleben LGBTIQ+ Personen noch immer Gewalt und Diskriminierung.</p>
<b>Mainstreaming</b>	<p>Mainstreaming (frei übersetzt: <i>zur Hauptströmung machen</i>) bedeutet, dass eine bestimmte inhaltliche Vorgabe bei allen Entscheidungen und Prozessen berücksichtigt wird. In der Entwicklungspolitik wird unter anderem in den Bereichen Gleichstellung der Geschlechter (Gender-Mainstreaming) ein Mainstreaming-Ansatz verfolgt. Gender-Mainstreaming ist dabei der strategische Ansatz zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Dies bedeutet, dass bei politischen und gesellschaftlichen Vorhaben und Entscheidungen immer die unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen von Frauen, Männern und Menschen mit anderen Geschlechtsidentitäten berücksichtigt werden müssen.</p>
<b>Marginalisierung</b>	<p>Marginalisierung beschreibt den Prozess, bei dem Individuen oder Bevölkerungsgruppen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Dahinter steht die Vorstellung, dass ein gesellschaftliches Zentrum existiert, von dem Menschen mehr oder weniger weit entfernt sein können. Typischerweise werden Menschen sozial, kulturell, wirtschaftlich, aber auch geografisch an den Rand gedrängt. Oftmals findet Verdrängung auf mehreren Ebenen gleichzeitig statt, beispielsweise im Fall einer alleinerziehenden Mutter, die in einem schlecht angebundenen Randgebiet einer Stadt lebt. Schon die Annahme, einer Gruppe zugehörig zu sein, erhöht das Risiko von Ungleichheiten beim Zugang zu Rechten, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, anderen Dienstleistungen und Gütern sowie beim Schutz vor Gewalt. Weil Menschen verschiedene Diskriminierungsmerkmale gleichzeitig erleben können, dürfen marginalisierte Gruppen nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Der Begriff bildet keinen abgeschlossenen Rahmen, aber hilft hervorzuheben, welche Gruppen je nach Kontext besonders stark betroffen sind.</p>
<b>Menschenrechts-basierter Ansatz</b>	<p>Ein menschenrechtsbasierter Ansatz in der Politik stellt die völkerrechtlich verbrieften Ansprüche der Menschen gegenüber den Staaten, in denen sie leben, in den Vordergrund und fördert Menschenrechtsprinzipien wie Partizipation, Empowerment oder Nichtdiskriminierung. Im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit werden Personen und Personengruppen darin unterstützt, ihre Rechte einzufordern und ihr Leben grundsätzlich selbstbestimmt zu gestalten. Zielgruppen sind nicht Empfänger*innen von Hilfe oder Wohltätigkeit, sondern Rechteinhaber*innen. Die Regierungen ihrer Länder sind die Pflichtentragenden. Die Förderung der Menschenrechte in allen Bereichen der Zusammenarbeit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und die Verringerung von Armut.</p>
<b>Menstruations-gesundheit und -hygiene</b>	<p>Menstruationsgesundheit und -hygiene umfasst sowohl das Menstruationshygienemanagement als auch weitere systemische Faktoren, die die Menstruation mit Gesundheit, Wohlbefinden, Geschlechtergleichstellung, Bildung, Gleichberechtigung, Empowerment und Rechten verbinden. Zu diesen systemischen Faktoren gehören genaue und rechtzeitige Wissensvermittlung, verfügbare, sichere und erschwingliche Hygieneprodukte, informierte und kompetente Fachkräfte, Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, sanitären Einrichtungen und Waschgelegenheiten, positive soziale Normen und sichere und hygienische Entsorgung.</p>
<b>Patriarchat</b>	<p>Patriarchat beschreibt ein System oder eine Gesellschaftsordnung, die durch eine allgemeine Vorherrschaft von Männern über Frauen strukturiert ist und ein Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern konstruiert. In einer patriarchalen Gesellschaftsordnung sind alle maßgebenden Werte, Normen und Verhaltensmuster von Männern geprägt und nach ihnen ausgerichtet.</p>
<b>Pflege- und Sorgearbeit</b>	<p>Sorgearbeit oder Care-Arbeit umfasst unbezahlte wie bezahlte Pflege- und Sorgearbeit. Darunter fallen die Versorgung und Unterstützung von Menschen, einschließlich der Betreuung von Kindern und anderen Personen, Hausarbeit sowie freiwillige Gemeinschaftsarbeit im privaten Kontext (zum Beispiel Familien) oder im öffentlichen Pflege- und Sorgesektor (zum Beispiel Gesundheitsfachkräfte). Daten aus dem Jahr 2020 zeigen, dass im weltweiten Durchschnitt rund drei Viertel der unbezahlten Care-Arbeit von Frauen geleistet werden.</p>

<b>Postkoloniale und antirassistische Zusammenarbeit</b>	<p>Bis heute finden sich in der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit koloniale Kontinuitäten und rassistische Denkmuster wieder. Ein Beispiel hierfür ist, dass wirtschaftliche, politische wie auch soziale und kulturelle Normen und Werte des Globalen Nordens weiterhin als Richtlinie dienen, an denen Länder des Globalen Südens gemessen werden. Die Beziehung zwischen dem Globalen Süden und Globalen Norden ist noch immer höchst ungleich und insbesondere geprägt von einer wirtschaftlichen Ungleichheit und dadurch bedingten Abhängigkeitsverhältnissen zwischen „Geber*innen“ und „Nehmer*innen“. Diese asymmetrische Beziehung basiert auf institutionalisierten diskriminierenden und rassistischen Strukturen, die das Machtgefälle konsolidieren, anstatt es abzubauen.</p> <p>Die feministische Entwicklungspolitik des Bundesentwicklungsministeriums formuliert den Anspruch, einen postkolonialen und antirassistischen Ansatz zu verfolgen. Am Anfang dieses machtkritischen (Lern-)Prozesses steht die Anerkennung, dass sich auch in der heutigen deutschen Entwicklungszusammenarbeit koloniale Kontinuitäten und rassistische Denkmuster niederschlagen. Ziel ist es, diese Kontinuitäten und Denkmuster in der Entwicklungszusammenarbeit abzubauen und eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Globalem Norden und Globalem Süden zu etablieren. Eine postkoloniale Entwicklungspolitik reflektiert dabei kontinuierlich die eigene Rolle und Machtposition und setzt sich kritisch mit dem eigenen Verständnis von „guter Entwicklung“ auseinander. Dabei verfolgt das BMZ kein Entwicklungskonzept, das von einem allgemeingültigen, besseren Zielzustand ausgeht.</p> <p>Wo diese Strategie die Begriffe Entwicklung, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit fortschreibt, tut sie dies in kritischer Reflexion der dahinterliegenden Konzepte (vgl. Glossar-Eintrag Entwicklung). Eine machtkritische Reflexion und Anerkennung der eigenen Rolle und deutschen Kolonialgeschichte dient als Grundlage für einen offenen, ehrlichen Dialog über die Vergangenheit und die Zukunft der Beziehungen. Sie findet Ausdruck unter anderem durch die Anerkennung von und Entschuldigung für die Gräueltaten des Kolonialismus, die Stärkung der Partnerorientierung und Länderkontextberücksichtigung, die engere Zusammenarbeit mit der lokalen Zivilgesellschaft oder die Stärkung der Stimmen des Globalen Südens in internationalen und multilateralen Formaten.</p>
<b>Rassismus</b>	<p>Die Diskriminierung und Abwertung von Menschen aufgrund von Herkunft, Ethnizität, Hautfarbe, religiös-weltanschaulicher Zugehörigkeit, Kultur, Namen, Sprache und weiterer Merkmale nennt man Rassismus. Rassismus steht in enger Verbindung mit der europäischen Kolonialgeschichte und beruht auf der Erfindung, dass Menschen aufgrund dieser Merkmale einer Rasse angehören und diese hierarchisch zugeordnet werden können. Auch heute werden rassistische Zuschreibungen genutzt, um Menschen überall auf der Welt systematisch zu unterdrücken. Dies führt häufig zu psychischer und physischer Gewalt und in Extremfällen zu Völkermord oder Genozid.</p>
<b>Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt</b>	<p>Geschlechtsbasierte Gewalt (<i>gender-based violence</i>, GBV) bezeichnet schädliche gewaltvolle Handlungen gegen eine Person aufgrund ihres Geschlechts. GBV ist ein sektorübergreifendes gesamtgesellschaftliches Massenphänomen des Alltags, eine schwere Menschenrechtsverletzung und ein Entwicklungshemmnis. Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität sind überproportional betroffen, aber nicht ausschließlich. Der Begriff verdeutlicht, dass die Gewalt ihre Wurzeln in den ungleichen Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern, in schädlichen Geschlechternormen und den daraus resultierenden strukturellen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen hat. Formen von GBV sind vielfältig und reichen von sexualisierter geschlechtsbasierter Gewalt (SGBV), digitaler Gewalt, schädlichen Praktiken wie weiblicher Genitalverstümmelung oder Kinder-, Früh-, und Zwangsheirat über konfliktbezogene sexualisierte Gewalt (<i>conflict-related sexual violence</i>) bis hin zu sozialer oder struktureller Gewalt.</p> <p>SGBV wird in vielen Kontexten verwendet und hebt sexuelle Handlungen hervor, die Personen gegen ihren Willen oder ohne ihr Einverständnis aufgedrängt oder aufgezwungen werden. Sexualisierte Gewalt umfasst ein weites Spektrum, zum Beispiel sexuelle Belästigung, Vergewaltigung und sexuellen Missbrauch. Der Begriff <i>sexualisiert</i> bringt zum Ausdruck, dass es bei der sexuellen Gewalt nicht um sexualisierte Lustbefriedigung geht, sondern in erster Linie um Machtausübung und Unterdrückung.</p>
<b>Sexuelle Orientierung</b>	<p>Sexuelle Orientierung beschreibt, zu Menschen welchen Geschlechts bzw. welcher Geschlechter sich eine Person emotional, körperlich und/oder sexuell hingezogen fühlt (beispielsweise heterosexuell, homosexuell, bisexuell, pansexuell, asexuell).</p>
<b>Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte</b>	<p>Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) beschreibt das uneingeschränkte körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden in Bezug auf alle Lebensbereiche der Sexualität und Fortpflanzung. Das Ziel ist, die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung der Individuen abzusichern. Dazu zählt das Recht einer jeden Person, frei über Elternschaft, Anzahl und Zeitpunkt der Geburten und Sexualität zu entscheiden; darüber hinaus muss der diskriminierungsfreie Zugang zu Informationen, Gesundheitsdiensten und Ressourcen gewährleistet sein.</p>
<b>Sustainable Development Goals (SDG)</b>	<p>Siehe Agenda 2030</p>

<b>Süd-Süd-Kooperation und Dreiecks-kooperation</b>	<p>Süd-Süd-Kooperation bezeichnet u.a. die politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle oder technische Zusammenarbeit zwischen Ländern des Globalen Südens.</p> <p>Eine Dreieckskooperation ist ein gemeinsam geplantes, finanziertes und durchgeführtes Entwicklungsprojekt von drei Partnern:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. einem begünstigten Entwicklungsland, das Unterstützung bei der Bewältigung einer konkreten Entwicklungsherausforderung angefragt hat</li> <li>2. einem Hauptpartner, der im eigenen Land Erfahrungen bei der Bewältigung einer solchen Herausforderung gesammelt hat und seine finanziellen Ressourcen und sein Wissen teilt,</li> <li>3. einem unterstützenden Partner, der dabei helfen kann, die anderen Partner zu verbinden, sowie diese Partnerschaft finanziell und/oder mit fachlicher Expertise unterstützt.</li> </ol> <p>Für die Umsetzung der Agenda 2030 sind beide Instrumente wichtig (Nachhaltigkeitsziel 17: Globale Partnerschaften für die Ziele). Es muss in horizontale Partnerschaften investiert werden, die sich von der eher vertikalen Nord-Süd-Kooperation/Entwicklungszusammenarbeit unterscheiden.</p>
<b>Übergang zu einer sozial- und klimaverträglichen Wirtschaftsweise (Just Transition)</b>	<p>Der gerechte Übergang zu einer sozial- und klimaverträglichen Wirtschaftsweise (<i>Just Transition</i>) verknüpft ökologische, soziale und demokratische Aspekte und sichert Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und das Anrecht auf Teilhabe und Teilnahme. Entscheidend für eine gerechte, sozial-ökologische Transformation und damit für den gerechten Übergang zu einer sozial- und klimaverträglichen Wirtschaftsweise ist die Teilhabe und Stärkung von Frauen und marginalisierten Gruppen als Akteur*innen des Wandels.</p>
<b>Überlebenden-zentrierter Ansatz</b>	<p>Ein überlebendenzentrierter Ansatz (<i>survivor-centred approach</i>) stellt die Rechte und Bedürfnisse von Überlebenden sexualisierter Gewalt in den Vordergrund. Dabei ist der überlebendenzentrierte Ansatz eher als eine handlungsleitende Maxime zu verstehen, wobei international kein Konsens über ein klar ausdifferenziertes Vorgehen besteht. Im Zentrum des überlebendenzentrierten Ansatzes stehen dabei die Grundprinzipien Sicherheit, Vertraulichkeit, Respekt und Nichtdiskriminierung insbesondere im Zugang zu medizinischen, psychosozialen, sozioökonomischen und rechtlichen Dienstleistungen. Dabei werden holistische und sektorübergreifende Unterstützungsangebote bereitgestellt. Zugleich strebt ein überlebendenzentrierter Ansatz die Überwindung struktureller Diskriminierungen an, indem er versucht, Stigmatisierung entgegenzuwirken und aktive Teilhabe von Überlebenden zu stärken, wo dies mit den Grundprinzipien vereinbar ist.</p> <p>Insbesondere in der von Deutschland eingebrachten Resolution 2467 des UN-Sicherheitsrats (2019) werden die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, einen überlebendenzentrierten Ansatz umzusetzen. Mit dem <i>Nationalen Aktionsplan zur Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (2021–2024) (NAP III)</i> hat sich Deutschland explizit zur Umsetzung verpflichtet.</p>
<b>Ungleichheit</b>	<p>Ungleichheit hat verschiedene Ausprägungen und bezeichnet im Allgemeinen die unterschiedliche Verteilung von Lebenschancen, Macht und Zugang zu Ressourcen. Ungleichheit existiert dabei nicht nur innerhalb von Gesellschaften, sondern auch zwischen Staaten und zwischen dem Globalen Norden und Globalen Süden. Ungleichheiten können dabei nicht als gegeben angesehen werden, sondern wurden und werden durch Machtsysteme wie Patriarchat oder Rassismus hervorgebracht und reproduziert. Sie sorgen dafür, dass Menschen mit unterschiedlichen Identitätsmerkmalen weltweit höchst ungleiche Lebenschancen und höchst ungleichen Zugang zu Ressourcen haben und in sehr ungleichem Maße sozial, politisch und wirtschaftlich teilhaben können.</p>

# Impressum

## **HERAUSGEBER**

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)  
K2, Öffentlichkeitsarbeit, digitale Kommunikation

## **REDAKTION**

BMZ, G11, Feministische Entwicklungspolitik

## **STAND**

Dezember 2023

## **GESTALTUNG**

MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH, Bonn

## **ILLUSTRATIONEN**

MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH, Bonn

## **DIENSTSITZE**

→ BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. +49 228 99535-0

Fax +49 228 9910535-3500

→ BMZ Berlin

Stresemannstraße 94 (Europahaus)

10963 Berlin

Tel. +49 30 18535-0

Fax +49 228 9910535-3500

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen  
finden Sie unter: [www.bundesregierung.de/publikationen](http://www.bundesregierung.de/publikationen).

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerber\*innen oder Wahlhelfer\*innen während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.